

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1982.

Freitag, den 20. Oktober 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Emil IV. Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsblättrige Koloniale oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Benachrichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 1 Uhr abends, an Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Korrespondenz: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Kein Ende des Kolonialkrieges!

Oberst Deimling von der südwesafrikanischen Schutztruppe hat gestern in Berlin einen Vortrag über den Krieg in Deutsch-Südwestafrika gehalten. Ueber zwei Stunden dauerten die Ausführungen des Obersten, allein auf die Hauptfrage, wie lange wohl noch der Krieg in Südwestafrika dauere, gab Oberst Deimling leider keinerlei Antwort. Das ist sehr bedauerlich, denn wenn der Vortragende, der vom Mai 1904 bis zum Mai 1905 als Regimentskommandeur zuerst gegen die Hereros, dann gegen Hendrik Witboi und schließlich gegen Morenga im Felde gestanden hat, der also zweifellos ein kompetenter Beurteiler auch der gegenwärtigen Kriegslage ist, die das deutsche Volk am meisten interessierende Frage nach der mutmaßlichen Beendigung des Krieges völlig unbeantwortet ließ, so ist das ein Beweis dafür, daß ein solches Ende einstellbar noch gar nicht abzusehen ist!

Oberst Deimling warf in seinem Vortrage auch die Frage auf, warum denn die Eingeborenen überhaupt den Krieg begonnen hätten. Er meinte, den Hereros habe es Besorgnisse eingegeben, daß sie die Weihen sich immer mehr ausdehnen sahen und für ihr Vieh, den wertvollsten Teil ihres Besitzes, zu fürchten begannen. Deshalb hätten sie sich insgeheim verschworen und seien dann im Januar 1904 überall im Lande gegen die Eindringlinge vorgegangen. Wie man sieht, gibt Deimling zu, daß der Aufstand der Hereros ein Verteidigungskrieg war, in dem die Eingeborenen um ihr Land und ihre Existenzbedingungen kämpften, nur hat er sich viel zu milde ausgedrückt. Denn wie wir seinerzeit mit Wiedergabe der betreffenden Eingaben von Missionaren nachwiesen, drohte nicht nur den Eingeborenen die Gefahr, ihres Landes beraubt zu werden, sondern ihr Land war bereits größtenteils in den Besitz der Weihen übergegangen! Auch war ihr Viehstand an Vieh bereits derartig dezimiert worden, daß ihre Existenzbedingungen bereits völlig erschüttert waren. Es ist eigentümlich, daß trotz alledem Oberst Deimling das Schicksal, das die Hereros durch den Ausrottungsfeldzug des General Trotha getroffen hat, als ein „furchtbares, aber verdienten Strafergebnis“ bezeichnet. Auf dem jüngst in Berlin abgehaltenen Kolonialkongress habe ein Mitglied der Mission um Gnade für die überlebenden Hereros gebeten; die Hereros hätten aber nicht bloß viele Weihen menschenfressend ermordet, sondern auch verwundete deutsche Soldaten grausam gemartert und Gefasene verstümmelt. „Einen solchen Gegner sollte man mit Glacéhandschuhen anfassen.“ Dem gegenüber muß immer wieder festgestellt werden, daß die Hereros im ganzen 150 Weihen ermordeten, darunter nur einige wenige Frauen. Die meisten Frauen und Kinder wurden gefesselt, ebenso wie die Missionare und die Mehrzahl der Buren. Daß die Hereros Verwundete erschlagen und Gefasene verstümmelt haben, mag vorgekommen sein. Aber was besagen alle diese Taten gegenüber der entsetzlichen Mache, die von den deutschen Truppen ihnen gegenüber geübt worden ist? Unzählige waffen- und wehrlose Hereros sind auf Befehl des Oberstkommandierenden General Trotha niedergeschossen worden. Tausende von Frauen und Kindern sind in die grauenhafte Sandwüste der Omahefe getrieben und dort dem Verfaßmachten preisgegeben worden. Es ist also hundertfältig den Hereros vergolten worden, was sie an den Weihen verübt hatten. Es ist uns völlig unverständlich, wie man diesen Tatsachen gegenüber noch jetzt eine weitere grausame Vergeltung befürworten kann!

Und was sind denn die Folgen der Trothaschen Ausrottungsstrategie gewesen? Ein erheblicher Teil der Hereros trübte sich, wie Oberst Deimling selbst in seinem Vortrag ausführte, noch immer einzeln oder in Banden im Lande umher, so daß „die Wiederaufnahme eines geregelter Farmbetriebes vorläufig unzulässig erscheint“. Der Widerstand der Hereros war bereits durch die Kämpfe am Waterberg gebrochen. Hätte man sie, statt sie in die Wüste zu treiben und mit erbarmungslosem Niederschießen zu bedrohen, mit Milde behandelt und ihnen Generalpardon zugesichert, so wäre höchst wahrscheinlich der Hereroskrieg schon längst zu Ende, während nach dem Vorgehen Trothas sich noch jetzt das ganze Land in Unruhe befindet und die Wiederaufnahme des Farmbetriebes unmöglich erscheint. Eine andere Folge des barbarischen Vorgehens Trothas gegen die Hereros war aber auch der Zustand der Hottentotten im Süden. Bereits ist ein Jahr verstrichen, daß Hendrik Witboi seine Kriegserklärung an die deutschen Truppen sandte. 15 000 deutsche Soldaten kämpften seit Jahresfrist gegen die Reste des Hereros und die aufständischen Hottentotten, und noch ist es uns nicht gelungen, auch nur einen entscheidenden Erfolg über die Hottentottenstämme zu errufen!

Oberst Deimling erklärte, daß ein Vergleich zwischen den Hereros und den Hottentotten entschieden zugunsten der letzteren ausfällt. Die Hottentotten verübten keine Grausamkeiten an Verwundeten und Gefasenen, sie seien gute Soldaten, ritten und schossen gut und verstanden vor allem das Gelände vorzüglich auszunutzen. Es sei wiederholt vorgekommen, daß die deutschen Truppen Stundenlang im Feuergefecht gegen die Hottentotten geüben hätten, ohne nur einen Hottentotten zu Gesicht zu bekommen. Würden die Hottentotten dann zum Rückzug genötigt, so erfolge dieser unsichtbar, meist durch Fricchen. Beim Rückzug blieben sie nicht gescheitert, sondern jagten auf ihren zahen Pferden einzeln nach allen Richtungen davon, um sich später an einer bestimmten Wasserstelle zu sammeln. Daher komme es, daß die Verfolgung sehr schwierig sei und unsere Truppen immer erst wieder mühsam von neuem erkunden müßten, wo der flüchtige Feind geblieben sei. Hendrik Witboi habe in seinen Kämpfen

ein so scharfes taktisches Verständnis an den Tag gelegt, als hätte er in der Berliner Kriegsakademie einen dreijährigen Kursus in der Taktik mit bestem Erfolg durchgemacht. Morenga sei im gleichen Maße taktisch gewandt und zudem ein Gegner, der viele sympathische Charaktereigenschaften aufweise. Großmut gegen den Feind sei ein hervorragender Charakterzug an ihm. Diese Ausführungen beweisen, wie wenig die bisherigen „Siege“ gegen die Hottentotten bedeuten. Eine Zersprengung der Hottentotten stellt die Soldaten immer nur vor eine neue schwerere Aufgabe. Zudem erklärte Oberst Deimling, daß der Krieg für die Hottentotten durchaus kein Schrecknis sei, ihnen gefalle gerade ein Leben, wie sie es jetzt führten: reiten, schießen, Vieh steilen und gelegentlich eine Proviantkolonne überfallen, um ihr Bedürfnis nach Tee, Kaffee, Tabak, Rum, Arrak befriedigen zu können. Uebrigens behauptete Oberst Deimling auch, den deutschen Soldaten mache das freie und ungebundene Lagerleben der Kriegsführung zweifellos viel Freude. Wenn das zutrifft, so wären also unsere Mannschaften durch den Krieg gewissermaßen hottentottifiziert worden.

Auch über die Dwambos machte der Vortragende eine Mitteilung. Die Dwambos zählten gegen 80 000 Seelen. Sie hätten, seitdem der Ueberfall Rechales auf die nördlichste deutsche Station zu Beginn des Herero-Aufstandes abgeschlagen worden sei, sich ruhig verhalten. Deimling hält es daher für geboten, daß man die Dwambosfrage unter dem Gesichtspunkte des Quota non movero (des Nichtstehens der Ruhe) behandelt, so lange nicht der Hottentotten-aufstand vollständig gebrochen sei; doch müsse wenigstens Rechale zur Rechenschaft gezogen werden. Oberst Deimling rednet also nach Beendigung des Hottentottenaufstandes auch mit einer Zerschlagung der Dwambos!

Wie berechtigt die Vorsicht des Obersten Deimling war, über die bevorstehende Beendigung des Feldzuges nicht zu sprechen, beweisen die Schilderungen über die letzten Vorgänge in Südwestafrika, die brieflich eingetroffen sind. Aus diesen Nachrichten geht hervor, daß die bisherigen Umzingelungsversuche Trothas gegen Hendrik Witboi vollständig gescheitert sind. Während sich General Trotha mit circa 1200 Mann auf der Suche nach den Witbois befand, erschien Hendrik Witboi am 30. August mit etwa 400 Kriegeren 300 Kilometer weiter südlich bei Keetmanshoop und raubte einige 100 Stück Großvieh und mehr als 1000 Stück Kleinvieh. Von Keetmanshoop aus schickte man 35 Mann gegen die Hottentotten. Diese kleine Truppe vermochte aber natürlich nichts auszurichten und zog sich wiederum nach Keetmanshoop zurück. Wie der „Frankfurter Zeitung“ berichtet wird, waren die Hottentotten in Keetmanshoop allerdings verunwundet über die Art, wie man die Verfolgung aufgenommen hatte. Es sei durchaus nicht die ganze zur Verfügung stehende Mannschaft gegen Hendrik Witboi ausgeboten worden, vielmehr waren eine ganze Anzahl von Mannschaften zur Errichtung von Häuserbauten in Keetmanshoop zurückgeblieben. Ebenso wenig habe man daran gedacht, die beiden Kanonen, die sich in Keetmanshoop befanden hätten, in Aktion treten zu lassen. Es sei wohl möglich gewesen, eine genügend starke Abteilung mit Geschützen zur Verfolgung und zu einem etwaigen Angriff abzulenden. Ob diese Behauptungen richtig sind, mag dahingestellt bleiben. Der Verlauf der Dinge war jedenfalls der, daß Hendrik Witboi mit dem geraubten Vieh ruhig das Weite suchen konnte.

Auch bei Kalkfontein gelang einer Hottentottenbande unter Morris in August ein beträchtlicher Viehraub. Den Hottentotten fielen 150 Stück Großvieh, 40 Pferde und 700 Stück Kleinvieh in die Hände. Auch hier wurden circa 80 Mann zur Verfolgung ausgesandt, die aber, nachdem sie ihre Munition verschossen hatten, ohne den geringsten Erfolg wiederum den Rückzug antraten.

Welche Erfolge Morenga in der letzten Zeit gegen die Deutschen gehabt hat, ist ja bekannt. Nicht nur zahlreiche Soldaten sind in Zusammenstößen gefallen, sondern Morenga hat seinen Proviant und seine Munition durch diese glücklichen Ueberfälle wiederum beträchtlich verstärkt. Seine Kampflust soll dem auch durch diese letzten Erfolge ganz beträchtlich gestärkt worden sein. Ueber die Ergebnisse des Hottentottenkrieges urteilt denn auch die „Frankfurter Zeitung“ folgendermaßen:

„Nächsten Monat sind es zwei Jahre seit Ausbruch des Sonderaufstandes, ein Jahr seit Ausbruch des Witboi-aufstandes. Der Krieg wird geführt gegen ein Volk ohne eigene Hilfsmittel, ohne Geld. Das Vieh, womit sie ihre Bestände ergänzen, haben sie uns abgenommen. Viele ihrer Waffen sind unsere Militärgewehre. Bis heute ist es uns nicht gelungen, auch nur einen ihrer wichtigsten Führer unschädlich zu machen. Die Verluste an Toten, die wir ihnen beigebracht haben, werden vielfach aufgezogen durch unsere eigenen Verluste, die fast immer größer gewesen sind als die ihrigen. Soviel nach einem Kriegsjahre, das schon mehr als zweihundert Millionen gekostet hat.“

Bekanntlich sollte die Rückkehr des General Trotha nach Deutschland in diesem Monat erfolgen. Er müßte sich schon auf der Rückreise befinden, wenn die leitenden Stellen in Berlin nicht abermals ihre Absichten geändert hätten. Als Trotha nichts auszurichten vermochte, entschloß man sich dazu, ihm eine neue Frist zur Niederwerfung Hendrik Witbois zu gewähren. Wenn nicht der Ausbruch des Aufstandes trügt, werden wir aber noch nach Monaten genau auf demselben Fleck stehen wie heute. Das sollte schließlich auch General Trotha selbst einsehen und deshalb freiwillig Südwestafrika den Wänden sehen. Mit seiner Rückkehr wäre es aber nicht getan, sondern die Regierung müßte an die Stelle der Trothaschen Gewaltspolitik die Politik des friedlichen Ausgleichs treten lassen. Entschließt sie sich

dazu nicht, so kann der Krieg noch ein paar Jahre dauern und noch diverse hunderte von Millionen verschlingen!

Es ist freilich nicht anzunehmen, daß die deutsche Regierung endlich Vernunft annehmen wird. Ebenso wenig ist zu hoffen, daß die Reichstagsmajorität die Regierung durch Verweigerung der Kredite zum Vortreten friedlicher Bahnen zwingen wird. Es ist vielmehr zu befürchten, daß in Zukunft dem Kolonial- und Weltmachtskoller noch größere Opfer gebracht werden sollen als bisher! Das deutsche Proletariat muß daher noch mehr als bisher seiner Pflicht eingedenk sein, Regierung und bürgerliche Parteien zur Schließung des Friedens und zur Aufgabe ihrer sinnlosen Kolonialpolitik überhaupt zu zwingen: Unsere Kolonialpolitik und unsere Kolonialkriege sind nur die einseitigen Schritte zu jener verhängnisvollen weltpolitischen Abenteuerpolitik, die das deutsche Volk unsichtbar in einen blutigen Weltkrieg hineintreiben muß!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Oktober.

Von Möllers Fall.

Die lange Eggelsen geht und an seine Stelle tritt, wie der „Reichs- und Staatsanzeiger“ meldet, der bisherige Oberpräsident der Provinz Westpreußen Delbrück, während zum Oberpräsidenten Westpreußens der jetzige Regierungspräsident v. Jagow in Marienwerder aufrückt. Zugleich ist Herr Möller, damit er sich über sein unfreiwilliges Scheiden aus sogenannten Gesundheitsrücksichten tröste, unter Verlassung des Titels und Ranges eines Staatsministers der erbliche Adel verliehen worden, Kondolenzschreiben sind also an ihn von jetzt zu adressieren: Se. Eggelsen Herr Kupferhammerbesitzer Staatsminister a. D. von Möller.

Doch diese feudale Auszeichnung interessiert die Öffentlichkeit weniger, als wie Herr von Möller gegangen worden ist, und über dieses Thema weilt die „N. Fr. Presse“ ein gar niedliches Stüchchen zu erzählen. Sie versichert, daß Herr v. Möller ursprünglich gar nicht die Absicht gehabt habe, die Hibernia zu verstaatlichen, sondern nur die Aktien in den Besitz des Staates zu bringen; erst später sei ihm suggeriert worden, die Hibernia zu verstaatlichen und mit den fiskalischen Erträgen in das Syndikat einzutreten, da dadurch dem preussischen Staat eine jährliche Einnahme-Erhöhung von zwei bis drei Millionen Mark zufließen würde.

„Herr Möller“, heißt es in den Ausführungen der „N. Fr. Presse“, „wurde es nun nahegelegt, dem Staate diese Einnahme-Erhöhung zu verschaffen, und das ist wahrheitsgemäß der ausschlaggebende Grund dafür gewesen, daß Herr Möller entgegen seinen im Parlament abgegebenen Erklärungen in letzter Zeit wieder an eine Verstaatlichung der Hibernia gedacht und gleichzeitig Verhandlungen mit dem rheinisch-westfälischen Kohlendyndikat eingeleitet hat, die auf einen Beitritt des Staates abzielten. Zugleich jedoch erklärte er gewissen maßgebenden Mitgliedern der Regierung, daß er ihrer Zustimmung bedürfte, und ersuchte sie, ihm ihre Ansicht mitzutheilen. Diesem Ersuchen wurde zunächst nicht entsprochen, wohl erschien in einem Berliner, der Regierung nahe stehenden Blatte eine Note, welche den bevorstehenden Beitritt des Herrn Möller anzeigte. Herr Möller verstand nicht, was vorging, und beehrte sich, die Demissionsnachricht energisch zu dementieren. Er wiederholte sein Ersuchen bei maßgebenden Regierungsmitgliedern um Zustimmung zu den Schritten, die er in der Hibernia-Frage zu tun beabsichtige, und erhielt nun endlich folgende Antwort: Die Frage eines Beitrittes des Staates zum Kohlendyndikat könne allerdings von der Regierung in Erwägung gezogen werden. Aber es sei unmöglich, daß derselbe Handelsminister, der sich im Parlament gegen den Beitritt erklärt habe, nunmehr diesen zur Ausführung bringe. Nur ein neuer Handelsminister, der sich in der Angelegenheit noch nicht engagiert habe, könne den Beitritt in die Wege leiten. Da es nicht nur eine maßgebende, sondern sogar eine sehr maßgebende Regierungsstelle war, welche Herrn Möller diese Antwort erteilte, sah er nun endlich ein, daß er seine Demission geben müsse. Eine weitere Folge dieser Vorgänge ist, daß — was in der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist — die Verhandlungen zwischen dem Staat und dem Kohlendyndikat vorläufig abgebrochen sind.“

Die Erzählung stimmt so ziemlich, aber doch nicht ganz mit den und bekannt gewordenen Tatsachen überein. Nach den Ausführungen der „N. Fr.“ könnte es scheinen, als wären die Treiber in der kleinen Hege die konservativen Widerfächer Möllers in den sogenannten maßgebenden Kreisen gewesen; tatsächlich haben aber diese in der Jagdombdie nur eine sekundäre Rolle gespielt. Die eigentlichen Macher sind gewisse Häupter der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Hüttenindustrie und die ihre Intentionen ausführende Berliner Hochfinanz. Damit die Regierung mit dieser mächtigen Clique zum Frieden gelang, mußte die lange Eggelsen springen, ob sie sich auch sperre und sträubte.

Badische Landtagswahlen.

Aus Karlsruhe wird wie folgt berichtet: Die badischen Landtagswahlen finden am Donnerstag, den 19. Oktober, in ihrem ersten Teile statt. Der Wahlkampf zeigte ein gewisses Ringen, besonders zwischen Liberalen und Zentrum. Zum erstenmal ist das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht bei der Landtagswahl in Anwendung, ein Wahlrecht, für welches das Zentrum nur deswegen mit großem Eifer eingetreten ist, weil es hofft, so den Liberalismus leichter niederrücken zu können. Denn trotzdem Baden zu zwei Dritteln katholisch ist, hatten die Liberalen bisher mehr als die Hälfte der Landtagsämter inne. Da dem neuen

Wahlrecht ist auch eine neue Wahlkreiseinteilung in Kraft getreten, die dem Zentrum sehr günstig ist. Was Wunder, daß sich das Zentrum heute schon vor der Wahl als triumphierender Sieger stellt und die Liberalen verzweifelt um die Siege kämpfen, die von dem „schwarzen Ansturm“ bedroht sind. Aus der Verwirrung ward der liberale „Vloed“ gebildet, der Nationalliberale, Demokraten, Freisinnige und Nationalsozialisten umfaßt, ein politisches Gebilde, das gerade in Baden auf John und Spott stoßen muß, da diese Parteigruppen sich bisher vielfach auf das bestigste bekämpften. Da ist in Konstanz der am weitesten links stehende Demokrat Benedek, der Republikaner, der um die Unterstützung von hohen Regierungsbeamten werden muß — in Baden sind die Regierungsbeamten fast unweigerlich nationalliberal — und der seine frühere scharfe prinzipielle Gegnerschaft gegen die Nationalliberalen nunmehr in einen „Familienzwist“ umzuwandeln sucht, da sind nationalliberale Schulmeister, die dem Bündnis entsprechende Unterstützung der Freisinnigen und Demokraten heißen.

Und trotz dieser bis zur Bestimmungslumperei getriebenen Verwirrung aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen kann man dem Vloed nicht abtreten, daß er „Zug in die Bewegung“ gebracht hat. Hohe Beamte, Männer der Wissenschaft, deren Namen man sonst weniger im politischen Tageskampf hört, tauchten auf und warben für den Vloed. Die Parole „gegen den Merkantilismus“ hat alte, einstmals sehr rege Geister wieder geweckt und ihre Zugkraft noch einmal bewährt.

Für das Zentrum erwuchs freilich daraus die geringste Gefahr. Das Zentrum arbeitete mit seinem vorzüglich funktionierenden geistlichen Wahlapparat, mit ungeheurer Kräfteaufwand und beispielloser Zähigkeit, natürlich auch in skrupelloser Weise mit allen nur anwendbaren Mitteln. Dabei liegt das Schwergewicht der Zentrumsarbeit auf dem platten Lande, die Vloedbegeisterung erstreckt sich aber fast ausschließlich auf die großen Städte. Und so kommt es, daß der antiliberalistische Vorkoch eher unsere Partei als das Zentrum trifft. Es ist besonders in den Städten zu erwarten, daß das Bürgertum vom Vloed vollständig an die Urne gebracht wird und daß die Sozialdemokratie die größten Anstrengungen machen muß, um sich nicht zurückdrängen zu lassen.

Was die Wahlsichten und Hoffnungen anlangt, so kann mit 22 bis 25 Zentrumsmandaten im ersten Wahlgange gerechnet werden. Der liberale Vloed wird im ersten Wahlgange nicht viel Mandate erobern, aber wenn der in den Städten herrschende Elan sich auch stärker auf Landkreise übertragen hat, was sich bei der vielfach sehr oberflächlichen und mangelhaften Verichterstattung leicht noch schwer beurteilen läßt, so kann er immerhin in der Hauptwahl 10 Mandate gewinnen. Der Sozialdemokratie sind ganz sicher 7 Mandate. In über 30 Kreisen dürfte ein zweiter Wahlgang notwendig werden, bei dem dann die relative Mehrheit entscheidet. Das Zentrum hat mit den Konservativen ein wenn auch offiziell gesiegtes Bündnis abgeschlossen, wodurch der zweite Wahlgang dem Zentrum nochmals einen erheblichen Zuwachs in Aussicht stellt, während 3 bis 4 Mandate den Konservativen zufallen werden. Die Gefahr einer liberal-konservativen Mehrheit im Landtage, der 73 Mitglieder zählt, ist also nicht ausgeschlossen.

Zentrum und Steuervorlagen. In einer am Mittwoch in R. d. N. abgehaltenen Zentrumsversammlung erklärte der Abgeordnete Spahn in einer Besprechung der neuen Steuervorlagen, bei der die Steuererhöhung nicht das Hauptaugenmerk darauf legen, daß hauptsächlich die Großbrauereien getroffen würden, während der Tabakzoll nur die feineren Tabaksorten treffen dürfe. Der Entwurf der Reichs-Erbvertragssteuer gegenüber werde der Reichstag keine ablehnende Stellung einnehmen. Sollten neue Mittel für die Verstärkung des Heeres und der Flotte gefordert werden und die Zentrumsfraktion erwägen müssen, ob das deutsche Volk auch die Mittel aufbringen könne, und man komme bei diesem Erwägen zu Abstrichen, so dürfe man der Partei hierüber keinen Vorwurf machen.

Bei früheren Steuerforderungen machte das Zentrum wenigstens in den ersten Stadien der öffentlichen Erörterung einige Opposition. Jetzt läßt Herr Spahn schon deutlich genug die Bereitwilligkeit des Zentrums an, die neuen Steuervorlagen zu bewilligen. Die üblichen Verkaufserlösen, daß „hauptsächlich“ die Großbrauereien getroffen werden sollen und „nur die feineren Tabaksorten“ können über die Reigung der regierenden Partei für Vermehrung der indirekten Steuern nicht täuschen. Und die berühmten „Abstriche“ des Zentrums sind ebenso nur das bewährte Mittel, die Zustimmung zu allen wesentlichen Staatssteigerungen vor den Urteilslosen milder erscheinen zu lassen.

Murrende Zentrumsfraktionen. In Göttingen hielt der Verband der katholischen Arbeitervereine Württembergs seinen fünften Verbandstag ab. Dasselbst erklärte der Arbeitersekretär Andre, es sei Pflicht der katholischen Arbeitervereine, eine stärkere sozialpolitische Tätigkeit zu entfalten, die sozialpolitischen Befehle an den Vereinsabenden mehr zu erörtern, öffentliche Versammlungen abzuhalten, der sozialpolitischen Tätigkeit der Gemeinden ihre Aufmerksamkeit zu widmen usw. Danach scheinen also die Arbeitervereine sich bis jetzt mehr kirchlich als sozialpolitisch betätigt zu haben, da diese Dinge erst neu gefordert werden müssen. Der Redner ging aber noch weiter und bezeichnete als eine sehr wesentliche Forderung die Schaffung einer Vertretung der Arbeiter in den politischen Parteien, im vorliegenden Fall also im Zentrum. Letzteres handelte ungut, wenn es auf der einen Seite den Arbeitern volle Gleichberechtigung verspreche und auf der anderen Seite dem Arbeiterstand eine Vertretung in der Parteileitung verweigere. Denselben Jaden spannen Verbandssekretär Reumayer weiter, der vom Zentrum die Aufstellung einiger Arbeiterkandidaturen bei den nächsten württembergischen Landtagswahlen forderte.

Es wird Herrn Gröber, dem führenden Mann des württembergischen Zentrums, einige Mühe kosten, die aufständigen Elemente wieder zur Ruhe zu bringen. Und auf die Dauer werden alle Bemühungen der Zentrumsfraktionen nicht wirksam bleiben.

Mittelhändlerische Korruption.

Wie berichteten vor längerer Zeit schon einmal über einen Submissions-Scandal, der in Hannover an die Öffentlichkeit gekommen ist.

Am Dienstag wurde er im Bürgervorsteher- (Stadtverordneten-) Kollegium verhandelt. Die Hauptrolle in dem Scandal spielt der Vorsitzende der „Deutschen Mittelstandsvereinigung“, der Maurermeister, Bürgervorsteher Küster. Es handelt sich um die Vergebung der Maurerarbeiten am Rathausbau in Hannover. Die Arbeiten wurden nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern es wurden im März 1903 14 Maurermeister zur Abgabe von Angeboten aufgefordert. Fünf dieser Herren, unter ihnen Max Küster, kamen, wie in der Sitzung dargelegt wurde, auf Veranlassung des Maurermeisters Deeren zusammen, um über die Submission zu beraten. Herr Deeren hatte das Kellergerüst des Rathauses angefertigt und legte dar, daß er 10 000 M. dabei zugezehrt habe. Man war sich einig, daß Herr Deeren die Arbeit haben sollte und so versprachen die anderen, entsprechend höhere Angebote einzureichen. Herr Küster war damit nicht zufrieden, er hatte angeblich beim Bau des höchsten Bauamtshauses 16 000 M. verloren und sagte, er rechnete stark darauf, daß er die Arbeit bekomme. Am nächsten Abend kam man in der Wohnung des Herrn Küster wieder zusammen und nun wurden die Offerten verglichen. Küster war der Billigste. Jetzt sagte Max Küster und Deeren sollten die Arbeiten zusammen machen. Küster bekam den Zuschlag auch und führt mit Herrn Deeren die Arbeit aus.

In jenem Abend hat nun Herr Küster seine Offerte noch um 1748 M. erhöht und einer der Herren fragte, wie es dann mit der Abfindung stehe. Herr Deeren antwortete, daß solle man ihm überlassen!

Im September 1903 drängte Deeren zur Auszahlung der Abfindung. Er bestellte die Submittenten nach dem Baugewerksinnungsamt und hier zahlten Deeren und Küster 10 000 M. gegen Quittung aus! Küster hat nur 2500 Mark an einen Herrn Lehmann bezahlt und er behauptet, daß sei die Leihgebühr für geliehene Kreuze gewesen! Die Auszahlung des Abfindungsgeldes geschah nun kurz vor der Vergebung anderer Arbeiten der Bugarbeiten im Bauamtshaus, und bei der Auszahlung sagte Herr Küster: Nun macht mir nur nicht zu viel Konkurrenz bei der Bugarbeit! Diese Bugarbeit sollte, wie behauptet wird, vereinbarungsgemäß Küster auch erhalten, aber infolge eines Rechenfehlers wurde gegen seine Absicht ein anderer Meister 300 M. billiger als Küster und erhielt die Arbeit.

In der nächsten Sitzung der Bürgervorsteher am Dienstag behauptete Herr Küster, er habe es als Leiter der Mittelstandsvereinigung für seine Pflicht gehalten, seine Kollegen vor zu niedrigen Angeboten zu warnen. Von dem Versprechen einer Abfindungssumme habe er nichts gewußt und gegenüber dem Vorwurf, er habe die Stadt um 10 000 M., mindestens um 1748 M., um die er seine Offerte erhöhte, geschädigt, bestreitet er die Schädigung, da er seine Preise ursprünglich um diesen Betrag zu niedrig angelegt habe. Er gab aber schließlich zu, daß sei ein „Fehler“ von ihm gewesen. Sein Verfahren wurde als „unerhört“ bezeichnet und als im Widerspruch mit seinem als Bürgermeister geleiteten Eid stehend betrachtet. Nach diesem Eid müsse er nur das Wohl der Stadt im Auge halten, das sei in diesem Falle nicht geschehen.

Wenn Herr Küster die Schäden des Submissionswesens vermeiden wollte, dann müßte er zunächst in seiner Eigenschaft als Bürgervorsteher überhaupt gegen das System aufstehen; es war aber auch seine sowie aller Beteiligten Pflicht, die Stadt nicht im unklaren zu lassen über die Art, wie die Angebote zustande gekommen. Wir sind am allerwenigsten Freunde der Schleubenskonkurrenz, aber das von den beteiligten Maurermeistern geübte Verfahren ist unerhört.

Interessant ist auch, wie die Sache ans Tageslicht kam. Es handelte sich in diesem Herbst um die Vergebung des Stuppelbaues des Rathauses. Der Maurermeister Düne war 40 000 M. billiger als Küster und hätte die Arbeit erhalten müssen. Herr Küster änderte darauf seine Offerte um diesen Betrag und erhielt die Arbeit! Herr Düne hatte den Mittelstandsvorsteher Küster aber gewarnt und ihm gesagt: Wenn ich die Arbeit nicht bekomme, werde ich Sie als Bürgervorsteher stürzen! „Stürzen Sie, so viel Sie wollen“, war Küsters Antwort. Herr Düne enthielt sich dann dem Bürgervorsteherkollegium diese Affäre. Das Bürgervorsteherkollegium beschloß, daß Herr Küster gegen die Urheber der Angelegenheit Klage wegen Beschleichen solle.

Schon vor fast zwei Jahren sollte auf dem Wege der Submissionsverabredung wegen der Bugarbeiten im Stadtkamishause zur Ausführung kommen. Aber Herr Küster zog die Klage noch rechtzeitig zurück, ehe die Verweissung darüber begann. Damals hatte sich das Bürgervorsteherkollegium schon mit der Affäre beschäftigt und bedauert, daß der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung selbst die Aufklärung verhindert habe. Diesmal hat man ihm aber gesagt, wenn er wieder so operiere, werde man von ihm abrücken; verliere er die Klage, müsse er aus dem Bürgervorsteherkollegium ausscheiden!

Die Mittelstandsbesenen wird auch noch interessieren, daß die Bürgervorsteher in Konsequenz der eben unauferkelt gebliebenen Submissionsaffäre Küster beschlossen, keine städtischen Arbeiten zu übernehmen. Nur das Oberhaupt der Deutschen Mittelstandsvereinigung, Herr Max Küster, und ein Zubehörliebhaber schlossen sich von dieser anerkennenswerten Vereinbarung aus!

Man hatte jetzt auch den öffentlichen Skandal vermeiden wollen und ließ deshalb Herrn Küster nahelegen, wegen anderweitiger harter Zwangsmaßnahmen aus dem Kollegium auszuscheiden, dann hätte das Kollegium mit der Sache nichts mehr zu tun. Da sind wir ganz anderer Meinung. Die Stadtvertretung hätte sich auch dann sehr ernstlich mit den Vorgängen zu beschäftigen, wenn keines ihrer Mitglieder daran beteiligt wäre. Wenn die Stadt eine Anzahl Unternehmern zur Abgabe von Offerten auffordert und diese vereinbaren unter sich, wer das billigste Angebot abgeben und so die Arbeit bekommen soll, dann ist doch die Stadt hintergangen und wenn sie am Ende auch keinen Pfennig zu viel bezahlt hat. Das geht natürlich die Stadtvertretung etwas an.

Herr Küster war auch anderer Meinung als die Bürgervorsteher, allerdings im anderen Sinne als wir: er lehnte das Rückzugangebot ab mit der Begründung, daß ihn in diesem Falle die Warenhauspresse vernichten würde!

Der Magistrat der Stadt Hannover hatte schon vor Erörterung der Angelegenheit im Bürgervorsteherkollegium erklären lassen, daß er „nach dem Vortrage der Sache durch Herrn Küster und nach Einsicht in die Akten in dem Vorgange keine Schädigung der Stadt erblicken könne.“

Das muß der Magistrat ja am besten wissen; wir können es nicht nachprüfen. Aber wenn er sich durch die fingierten Angebote nicht hintergangen fühlt und wenn die Bürgervorsteher ihm darin beistimmen, dann berücksichtigen sie in Zukunft vielleicht ganz auf Vergebung öffentlicher Arbeiten im Wege der Submission, sei es der öffentlichen oder der beschränkten; sie ist dann jedenfalls zwecklos.

Vor dem Urteil der Öffentlichkeit bleibt das Verfahren der Mittelständler trotz alledem Korruption.

Das große Völkerschlachtdenkmal auf dem Leipziger Schlachtfelde macht den „Patrioten“ fortgesetzt viele Schmerzen. Die nötigen Gelder wollen durchaus nicht eingehen. Ueber drei Millionen wird der gewaltige Totenstein kosten, den man dem Andenken derer errichten will, die auf Leipziger Gauen ihr Leben dem Wahne opferten, daß die Wiederwertung des Korien auch die Befreiung Deutschlands aus den Fesseln des Feudalismus bringen werde. Noch fehlen 1 1/2 Millionen. Man fürchtet offenbar nicht mit Unrecht, daß man das Geld bis zum Jahrestage der Schlacht, für den die Einweihung beabsichtigt ist, nicht zusammenbringen werde. Zu einer Völkerschlacht-Lotterie hat bekanntlich der „Patriotenbund“ seine Zuflucht nehmen müssen, um durch die Aussicht auf einen Gewinn die sonst so fest verschlossenen Tischen der „Vaterlandsfreunde“ ein wenig zu öffnen; aber der Erfolg ist nicht der erwünschte gewesen; und die preussische Regierung lehnt es um der Konkurrenz willen fortgesetzt ab, die Lotterie auch für das preussische Staatsgebiet zu genehmigen. In diesen Ruten hat der „Patriotenbund“ sogar zu einer Art Zwangssteuer gegriffen; in Leipziger Schulen werden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde sogar Pfennigsammlungen veranstaltet, und so tragen unter dem Traid der Schulautorität auch Eltern zu den Denkmalskosten bei, die ihr Geld sonst besser zu verwenden wissen als zu Denkmälern, mit denen andere auf billige Weise ihren Patriotismus zeigen wollen.

Hessische Gemeindefeuer-Reform. Aus Darmstadt wird uns telegraphisch gemeldet: Der Ausschuß der Ersten Kammer hatte beantragt, das neue Gemeindefeuergesetz glatt abzulehnen und die Regierung zur Umarbeitung aufzufordern. Heute erfolgte jedoch im Plenum der Kammer wenigstens teilweise Zustimmung zu den Grundgedanken des Entwurfs. Schließlich wurde, ohne Beschluß über die Vorlage, die Regierung um Bearbeitung und Wiedereinbringung ersucht, also nicht völlige Umarbeitung. Doch hat v. Heyl sein Ziel, die Reform zu verhindern, zunächst erreicht. Landtagschluß erfolgt am Mittwoch.

Liberaler Wahlrechtsfreundlichkeit. Der Vorkoch der vereinigten Liberalen und Demokraten in Bärth i. V. für die Gemeindefeuerwahl die Bezirkswahlen wieder abzuschaffen und die Listenwahl einzuführen, ist, wie uns berichtet wird, noch einmal bereitet worden. Der Bürgermeister hatte eine neue Bezirkseinteilung ausgearbeitet, weil sich in einigen

Bezirken die Wählerzahl stark vermehrt, in anderen vermindert hat. Die Neueinteilung wollte für alle Bezirke eine annähernd gleiche Wählerzahl feststellen, um so eine gerechte Verteilung der Sitze zu ermöglichen. Der Magistrat nahm diese Neueinteilung an, aber im Gemeindefeuerkollegium ließen Liberale und Demokraten Sturm und Leuchten sie ab, weshalb eine gemeinsame Sitzung einberufen werden mußte. Wenn dabei keine Einigung zustande gekommen wäre, sollte die Listenwahl in Kraft treten. Die Sitzung fand am Dienstag statt. Nach heftigen Debatten stimmten beide Kollegien getrennt ab. Das Gemeindefeuerkollegium lehnte die Neueinteilung mit 19 gegen 16 Stimmen ab, so daß sich in der darauffolgenden Abstimmung des Magistrats unsere Genossen entschließen mußten, ebenfalls gegen die Neueinteilung zu stimmen, um gemeinsame Beschlüsse herbeizuführen und die Bezirkswahlen zu retten. Der Liberalismus wird nun das Resultat dieser Wahl abwarten; bringt die sozialdemokratische Partei nicht so viel Stimmen auf, daß die Liberalen eine Änderung zu erlangen finden, so werden sie die Bezirkswahlen abschaffen und damit nahezu die Hälfte aller Bürger vollständig enteignen.

München, 19. Oktober. Budgetdebatte. Die Mittwochs-Sitzung wurde ausgesetzt durch eine zweistündige Rede Dr. Fischers (B.). Er erklärte u. a., die Schaffung einer Betriebsmittelgemeinschaft sowie eine Personalarbeitsreform seien ihm sympathisch. Seine Parteifreunde würden seiner Maßnahme zugestimmt haben, durch die die Selbstständigkeit der bayerischen Staatsbahnen gefährdet würde. Er berührte die jüngsten Aussperrungen, sprach sich für die Tarifverträge aus und sagte, man solle den Großindustriellen mehr sozialpolitisches Verständnis beibringen. Mit Befriedigung nimmt er von der Ankündigung des Finanzministers an, daß derselbe beabsichtige, eine durchgreifendere Reform der direkten Steuern unter Einbeziehung des unverdiensten Wertzuwachses usw. usw. auszuarbeiten. Ramentlich müsse aber eine höhere Besteuerung der Großunternehmer, der Warenhändler usw. Platz greifen.

Am Donnerstag verbreitete sich v. Bolkmar (Soz.) über die Finanzlage im allgemeinen unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses Bayerns zum Reich. Die bayerische Regierung habe auch diesmal wieder weiter nichts getan, als Ja und Amen zu dem zu sagen, was man in Berlin will. Der einzige Ausweg aus der Finanzsalamität ist, daß die Reichsfinanzreform auf direkte Steuern gegründet wird. Den „Lagenhaften“ Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten kritisierte Bolkmar sehr scharf. Der Vorsitzende Ministerpräsident von Bodenwils habe zwar dem Reichszentralrat volles Vertrauen ausgesprochen für seine auswärtige Politik; diese Politik aber mit ihren verfahrenen, geräuschvollen und unzuverlässigen Wegen sei nicht weniger als geeignet, Vertrauen hervorzurufen. Zum Schluß betonte der Redner, dem Zentrum sei jetzt die Macht in die Hand gegeben, es trage dabei auch die Verantwortung für alles.

Der Liberale Dr. Casselmann betonte, daß die Unsicherheiten mit den Ministerialbeiträgen aufhören müßten, und verlangte von dem Finanzminister Aufklärungen über die Finanzreformverhandlungen in Berlin. Casselmann bezeichnete die vom Ministerpräsidenten von Bodenwils und dem ganzen Ministerium vorgeschriebene politische Marschroute als verfehlt und forderte das Ministerium auf zurückzutreten und die Herren Dr. v. Orterer, Dr. Schäfer und Dr. Heim an ihre Stelle treten zu lassen.

Karl Weistren ersucht uns um die Mitteilung der folgenden Zeilen:

Sehr geehrte Redaktion! Darf ich Sie nochmals mit einer kurzen Verteidigung belästigen, angesichts der Bedeutung des Gegenstandes? In dem von Bebel zitierten Satze auf S. 50 meiner „Kommune“ haben Sie einen schweren Druckfehler, nämlich den Namen „Berlin“ statt „Karl“. Dies ist aber sehr wichtig, weil der zum Schriftsteller und Parteileiter aufgestiegene Arbeiter Karl in meinem Buche die Hauptrolle spielt, wie ich es auch mit Weistren erhabenem Martyrthode enden lasse. Nun werde ich doch wohl nicht geschrieben haben, was gerade meinen Helben Karl verdächtigen könnte! Der Passus wird nur so verfaßlich: „Dies gegenseitige Stäberhören, dies oft absichtlich schlechte Gehör rüßte die verschiedenen Revolutionsgruppen, sobald sie zur Macht kamen, nur mit Scheelsucht und Mißtrauen untereinander aus. Die Gemäßigten der Internationale konnten sich kaum des Eintragens verfehlter Sakunischer Tendenzen erwehren, die russischen Nihilismus unter ganz verschiedene Kulturstände verpflanzen wollten. Gleichwohl trug nur die stille, geheime Arbeit eines Karl unter Überwachung des unheimlichen Marx usw. Vorseine zu einer Neugründung herbei. Die letzten politischen Jugendschritte des Kaiserreichs, allgemeines Stimmrecht, Preß- und Redefreiheit, mußte man so blüßschnell aus, daß der Sturz Napoleons die Massen nicht ganz unvorbereitet und nach Möglichkeit nicht ohne gewisse Anlässe zur Kristallisierung fester Organisationen traf.“ Folgt längere Begründung. Es liegt also klar zutage, daß obige Betonung der Arbeit Karlins unter Überwachung von Marx das entscheidendste Lob enthalten soll. Weibels Mißverständnis kann nur durch das Prädikat „unheimlich“ für Marx entstanden sein. Vielleicht mißverstand er auch, daß der Ausdruck „ein Mazzini des Sozialismus“ in meinem Buche nur ein Lob bedeuten kann (vergl. meine bewundernde Charakteristik Mazzinis im Gegensatz zum überschätzten Garibaldi und Cavour in Band I meiner „Vertreter des Jahreshundert“). Bebel nimmt Anstoß an meiner Auffassung, daß Marx „aus London alle Jäden in der Hand behielt“. Allerdings verbreitete man mit Unrecht die Verleumdung, daß Marx den gewalttätigen Ausbruch der Revolution absichtlich gefördert habe, um hierdurch jede Gewaltrevolution zu diskreditieren und seiner Lehre von unaufhaltbarer Selbsterziehung der kapitalistischen Gesellschaft zu allgemeiner Anerkennung zu verhelfen. Aber doch er mit den Mitgliedern der Internationale in Paris, mit Karl und Malen, in Verbindung stand, steht fest, und diese werden ihn doch wohl dauernd auf dem Laufenden erhalten haben. Ob er gerade „alle“ Jäden in der Hand hielt, wage ich nicht zu entscheiden, viele aber sicher, und wo soll denn hier der Vorwurf gegen ihn stehen, da ich doch gerade seine Anhänger, die Sozialisten, im Gegensatz zu den romantischen Jakobinern, lobte? Ich bin weit entfernt, Marx so gefällig zu betrachten, wie es etwa einst Franz Weistren tat, der beiläufig auch Dr. Engels zum Juden stempelte, was ich aus bester Quelle widerlegen kann. Uebrigens hat Marx selber über das Judentum bittere Worte gesagt und er selber war, wie ich Mitteilungen eines Freundes entnahm, nicht weniger als „jüdisch“ in seinem durchaus idealistischen Lebenswandel. Den Ausdruck „unheimlich“ brauchte ich also nicht für seinen Privatcharakter, sondern für seine geheime Macht. Hoffentlich klären diese Bemerkungen Bebel auf, daß er mehr in meine Worte hineinlas, als ihr Inhalt beabsichtigt. Hochachtungsvoll

Carl Weistren.

Husland.

Oesterreich-Ungarn.

Das neue ungarische Kabinett.

Budapest, 19. Oktober. Das Amtsblatt veröffentlicht die Enthebung des Ackerbaueministers Górgy von seinem Posten und die Ernennung des früheren Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses Barons Fejervary zum Ackerbauminister. Baron Fejervary wird mit einstweiliger Leitung des Finanzministeriums und des Ministeriums a latore betraut und erhält gleichzeitig das Präsidium des Kabinetts. Gleichzeitig werden Justizminister Langy, Handelsminister Börs, der Minister des Innern Kristoffy, Sonderminister Bihar und der Kultus- und Unterrichtsminister Lukacs neuerdings in dieser Eigenschaft wiederernannt; auch wird denselben die Würde eines Geheimen Rates verliehen.

Frankreich.

Ein neuer Gewaltakt auf der Arbeitsbörse.

Paris, 18. Oktober. (Fig. Ver.) Der Seinepräsident scheint sich vorgenommen zu haben, das von der reaktionären Presse aus-

gearbeitete Rezept der Verfolgung der Arbeiterorganisationen voll-
kommen auszuführen. Gestern hat der Verwalter der Arbeitsbörsen
plötzlich das nationale Bureau für Statistik und
Arbeitsvermittlung, das seinen Sitz in der Arbeitsbörse
hatte, deslogieren lassen. Dieses Bureau ist vor fünf Jahren
von der Föderation der Arbeitsbörsen gegründet worden und hat die
Aufgabe, die Statistik des Arbeitsmarktes in ganz Frankreich zu
organisieren und den Arbeitsbörsen die für die Arbeitsvermittlung
nützlichen Daten zu liefern. Er bezieht dafür auch vom Staate
eine jährliche Subvention von 10 000 Fr. Das Bureau ist voll-
ständig autonom und hat mit der antimilitaristischen Agitation, die
den Vorstand zur Verdrängung der Föderation der Arbeitsbörsen ge-
liefert hat, auch nicht das geringste zu tun. Die neueste Maßregel
würde also eine kapitale Zummheit, wenn sie nicht eine ausgemachte
Völlerei wäre. Es handelt sich eben nicht mehr darum, von der
Arbeitsbörse eine bestimmte politische Propaganda fernzuhalten,
sondern die offenbare Absicht ist, die organisierte Arbeiterschaft über-
haupt dem Unternehmertum zur Freude zu schädigen und in ihren
Koalitionsbestrebungen zu hindern. —

Vor der Kammertagung.

Paris, 18. Oktober. (Fig. Ver.) Die bevorstehende Session, die
am 30. beginnt, wird schwerlich politische Ueberraschungen bringen.
Man wird die ohnehin knappe Zeit auf notwendige Geschäfte und
nützliche Geschäftigkeiten aufzubringen haben. Der Senat wird mit
der Erledigung der Trennung von Kirche und Staat reichlich zu tun
bekommen. Schon am 26. tritt die Kommission zusammen, um den
Bericht des Referenten Leconte zu hören, der die unveränderte
Annahme der von der Deputiertenkammer beschlossenen Fassung
empfiehlt. In der Deputiertenkammer wird die erste Woche
wohl eine Debatte über die allgemeine Politik bringen, die indes
wahrscheinlich ohne große Sensationen ablaufen wird, da im Grunde
alles froh ist, die durch die Artikel des „Ratin“ hervorgerufene
Aufregung hinter sich zu haben. Am 6. November soll die Budget-
debatte beginnen, der fortan alle Nachmittage gewidmet werden,
während in Vormittagsstunden einige andere Fragen verhandelt
werden sollen. Darunter die Altersversicherung, deren Fertigstellung
zwar angeschlossen ist, über die aber gerade darum die Herren
Deputierten vor den Wahlen arbeiterfreundliche Redensarten zu
machen sich gedrängt fühlen.

Das endgültige Programm für die Session wird ein Minister-
rat feststellen, der vor der Reise Loubets nach Spanien zu-
sammentrete. Diese Fahrt selbst beschäftigt die Politiker mehr als
die Politiker. Ein ganzes Armeekorps französischer Spitzel wird zur
mobilisierten spanischen Spitzelarmee stufen. Gestern wurde hier so
eine Art kriegsmäßiger Manöver abgehalten — allerdings ist
Ferdinand von Bulgarien, der vom Präsidenten zur Jagd
geladen und abends in die Comedie Francaise geführt wurde, auch
für Anarchisten keine anziehende Personlichkeit — und Spanien ist
nun doch einmal ein etwas unheimlicher Boden. Mit dieser
Nervosität der Politik ist wohl auch die ungeheure Ver-
schleppung des Prozesses gegen den offensichtlich unschuldigen
Malato und die anderen angeblichen Urheber des Attentats auf
den spanischen König in Zusammenhang zu bringen. Die Justiz
muss warten, damit Loubet nicht etwa anarchistischen Nachahmern
preisgegeben werde, und die spanischen Anarchisten sollen durch die
Rückfahrt auf die von den französischen Gerichten festgehaltenen
Geiseln zur Zurückhaltung gezwungen werden. Der Rechtsbrauch
weicht hier, wie man sieht, dem Kriegsbrauch und überdies dem der
barbarischen Zeitalter. —

Norwegen.

Ein Verfassungsentwurf für die norwegische Republik.

Das am 12. Oktober von den organisierten Arbeitern Kristianias
gewählte Komitee von Juristen und Politikern, das den Auftrag
hatte, eine republikanische Verfassung für Norwegen auszuarbeiten,
hat jetzt bereits seinen Entwurf veröffentlicht, der mit der bisher
geltenden Verfassung in allen den Bestimmungen, die sich nicht auf
das Königtum oder die Union beziehen, im wesentlichen überein-
stimmt. Vergleicht man den Entwurf mit der alten Verfassung, so
erkennt man, daß eigentlich weniger Veränderungen notwendig sind,
wenn Norwegen eine Republik wird, als wenn es mit einem neuen
Königshaus besetzt wird.

Der erste Paragraph lautet:

„Norwegen ist ein freies, selbständiges und unteilbares Reich mit
dem Volke gewähltem Reichsvorstand, „rigsstyre“, dies Wort wird
in dem Entwurf an Stelle des sonst üblichen „regjering“ gebraucht.“

Der zweite Paragraph, der von der Staatskirche handelt, ist in
der alten Fassung beibehalten. Dann folgen die Paragraphen, die
von der „ausübenden Macht“ handeln. Die grundlegenden Ver-
stimmungen lauten:

„Die ausübende Macht ist der Reichsvorstand, der aus einem
Vorsitzenden, einem Vizevorsitzenden und mindestens sieben anderen
Reichsräten bestehen soll.“

Der Reichsvorstand wird von jedem ersten Storting nach einer
neuen Wahl ernannt. Aus den ernannten Reichsräten wählt das
Storting den Vorsitzenden und Vizevorsitzenden.

Niemand ist wählbar zum Reichsrat, bevor er das 30. Lebens-
jahr vollendet hat.

Vater und Sohn oder Brüder können nicht zu gleicher Zeit Sitz
im Reichsvorstand haben.“

Die sich hier anschließenden Paragraphen handeln von dem
Amtsantritt, von den Pflichten des Reichsvorstandes und von seinem
Verhältnis zum Storting. In allen den Fällen, wo in der alten
Verfassung der König genannt wird, ist, soweit die Bestimmungen
beibehalten sind, das Wort Reichsvorstand gesetzt. —

Australien.

Das Abgeordnetenhaus für Home-Aule. Das Reutersche Bureau
meldet aus Melbourne: Das Abgeordnetenhaus hat mit
83 gegen 21 Stimmen einen Antrag angenommen, an den König
eine Petition zugunsten der Home-Aule in Irland zu richten.

Die Revolution in Rußland.

Demonstrationen und Zusammenstöße in Petersburg.

Offizielle russische Telegramme melden:
Petersburg, 19. Oktober. In der Aula und in einigen Hörfallen
der hiesigen Universität fand gestern eine Versammlung statt, an
der etwa 10 000 Personen, Studenten, Arbeiter und Privatpersonen
teilnahmen. In der Versammlung wurde eine Resolution angenom-
men, in der empfohlen wird, die Kräfte für einen
entscheidenden Schlag zu sparen, einem offenen Konflikt
auszuweichen und einen Streit nur mit Aussicht auf einen fried-
lichen Ausgang zum Zwecke der Solidarität zu veranstalten.
Petersburg, 19. Oktober. (Meldung der Petersburger Tele-
graphen-Agentur.) Auf Befehl des Stadthauptmanns haben gestern
die Schiffsbesatzungen Prospekt Kosaken einige Schüsse ab-
gefeuert, da Arbeiter Steine schleuderten und mit Revolvern schossen,
doch wurde niemand durch das Feuer der Kosaken verletzt. Zwei
Offiziere und zwei Kosaken wurden schwer, zwei
Polizisten leicht verletzt. Des Abends und in der Nacht
wurde die Ordnung dort durch Patrouillen aufrechterhalten.

Kosakenbesatzungen in Riga.

Der „Vost. Jtg.“ wird aus Riga geschrieben:
Riga, 16. Oktober. Hier befinden sich wie in vielen anderen
Orten der Ostprovinzen zurzeit größere Kosakenabtei-
lungen. Die Praxis hat erwiesen, daß es diesen wilden,
schamlosen Streppschönen, die mit größter Gemütsruhe
eine beträchtliche Höhe zu entwickeln vermögen, am
schleunigsten gelingt, ohne Anwendung der Schusswaffe große Volks-
ansammlungen zu zerstreuen. Ihre Waffe ist hierbei die be-

kannte Ragajka, eine kurzstielige Peitsche mit starkem
Leberriemen an Stelle der Schmir, wobei dieser Riemen
in seinem verdickten Ende eine flache runde Plei-
platte von etwa Zalergröße trägt, die dem
Schläger eine besondere Wucht verleiht. Durch einen wohl-
gezielten Schlag können Schädel- und Knochenbrüche ver-
ursacht werden. Humaner als Säbel und Schusswaffe ist
die Ragajka in den Händen der Kosaken wohl kaum zu nennen
und in den hiesigen Krankenhäusern sind auch von Ragajka-
verletzungen schwere Verletzungen festgestellt worden. Man
will sich aber augenscheinlich nicht die Vorwürfe machen lassen,
die nach den blutigen Januar Tagen gegen die Anwendung der
Schusswaffe zur Unterdrückung von Straßenunruhen erhoben
wurden, und wendet nun dieses Ausfallsmittel an. Unter der
Einquartierung von Kosaken in Riga und den Provinzstädten
haben auch die friedlichen Bürger zu leiden.
Schon oft sind gänzlich unschuldige Passanten und selbst
Damen, die, ohne es zu wollen, in die Nähe einer Menschen-
menge geraten waren, die durch Kosaken auseinandergetrieben wurde,
von ihren Peitschen getroffen worden. Auch Erpressungen
von harmlosen Straßenpassanten sind keine
Seltenheit. Hier eine solche Szene, die sich kürzlich ereignet
hat: Ein Herr geht gegen Witternacht aus einem öffentlichen Garten
nach Hause. Die Straße ist verödet. Da hört er hinter sich Pferde-
getrappel. Ein Kosak kommt auf seinem Gaul herangetänzt und
reitet auf den Bürger zu. Wie er neben dem einsamen
Wanderer ist, läßt er mit vielsagender Geberde, gleichsam
spielend, die Ragajka durch die Luft schwirren und ruft
mit freudlichem Grinsen: „Geben Sie mir 20 Kopelchen,
Herr! Ringum weiter kein Mensch zu sehen, die Haus-
türe geschlossen, an Flucht nicht zu denken. Der Herr zieht sein
Portemonnaie und zählt. Er weicht, es ist die einfache Lösung der
Situation. Nach drei Minuten ist der Kosak aber schon wieder
hinter ihm; dieselbe nicht mißzuverstehende Geberde; er „bittet“
um weitere 20 Kopelchen und — erhält sie. Der Kosak ver-
schwindet darauf rasch. Eine Klage bei den Behörden nützt nichts,
denn der Herr hat keine Zeugen gehabt. Ein Jähnehnschen ist
seine einzige Genugtuung. Dazu allerdings der schwache Trost,
daß andere nicht so billig weggekommen sind. —
Das ist so die Rehrseite des „verstärkten Schutzes“, die über Viland
berhängt ist.

Der „liberale“ Jar.

Nach Londoner Meldungen soll Wäterchen wieder einmal den
„Liberale“ und Verfassungsfreund posieren. Offenbar hat ihm der
Umstand, daß trotz des Friedensschlusses in der revolutionären Be-
wegung keinerlei Stillstand zu bemerken ist, einige Besorgnisse ein-
geflößt. Die englischen Meldungen besagen:

Umfassende Veränderungen im russischen Regierungssystem
sollen, dem Petersburger Korrespondenten des „Daily Telegraph“
zufolge, binnen kurzem eintreten. Danach würde die russische Re-
gierung die Reformbewegung leiten, anstatt ihr zu folgen. Die
innere Politik Rußlands würde sich dann in den Bahnen der
Reformen bewegen, welche die gemäßigten Liberalen
verlangen. Binnen wenigen Tagen würden, wie der Korrespondent
zu versichern in der Lage ist, Uase veröffentlicht werden, worin
unter anderen Zugeständnissen dem Volke die Erlaubnis erteilt
wird, die Abgeordneten zur Duma frei zu wählen,
den Duma Kandidaten gestattet wird, Schriften
zu veröffentlichen und Reden an ihre Wähler zu
halten, und die Beschränkungen der Press- und
Versammlungs-freiheit während der Wahl-
kampagne aufgehoben werden.

Graf Witte hält, nach einer Petersburger Meldung der
„Times“ gegenwärtig informelle Konferenzen mit einflussreichen
Mitglieder der Reformpartei ab. Er habe bei diesen Gelegen-
heiten den Reformern versichert, der Jar hege das Ver-
langen, den Wünschen der Nation entgegenzu-
kommen. Sein größter Wunsch sei, ein konstitutioneller
Herrscher zu werden. Er habe sich dabei König Eduard von
England zum Vorbild genommen, der über lokale und ihm
zugehörige Untertanen herrsche, ohne die fürstliche Würde der durch
die Selbstherrlichkeit auferlegten Verantwortlichkeit zu tragen. Wenn
der Jar bisher gezögert habe, eine Verfassung zu gewähren, so
sei der Grund, daß er nicht überzeugt sei, daß die
Nation tatsächlich eine Verfassung wünsche.

Diese Sorte „Verfassung“-Freundschaft macht sich übrigens
dadurch doppelt verdächtig, daß die Regierung die Reformbewegung
„leiten“ will. Man will also die lächerliche „Volksovertretung“ der
Reichsduma offenbar aus Strohmannern und Reaktionsären zusamen-
zusetzen suchen, denen man ungeheuer Freiheit des Redens und
Schreibens einräumen kann. Hoffentlich aber macht das Volk dem
so abnungslosen Jaren energisch klar, daß es in der Tat eine Ver-
fassung wünscht, und zwar eine andere, als die ihm von Wäterchen
gnädigst zuge dachte!

Ein kaiserliches Manifest

wurde heute in Petersburg veröffentlicht, welches den Frieden
zwischen Rußland und Japan vermindert. In dem Manifest heißt es:
Gott lieh unser Vaterland die schweren Prüfungen und Schicksals-
schläge eines blutigen Krieges erleiden, der vielfache Beweise der
Tapferkeit und des Mutes unserer rühmreichen Truppen in ihrem
barbarischen Kampfe gegen einen tapferen und mächtigen Feind
lieferte. Dieser für alle so schmerzliche Kampf ist beendet.
Der Osten unseres Landes wird sich im Frieden und in guter
Nachbarschaft mit dem nunmehr zu unserem Freunde gewordenen
japanischen Reiche von neuem entwickeln. Indem wir unseren
Untertanen von der Wiederherstellung des Friedens Mitteilung
machen, sind wir sicher, daß sie ihre Gebete mit den unsrigen ver-
einen werden, daß Gott seinen Segen geben möge zu
unsern großen Arbeiten mit den vom Volk
erwählten Männern zur Verwirklichung des
inneren Gedeihens Rußlands.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

29. Sitzung vom Donnerstag, den 19. Oktober 1905,
nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Stellvertreter Mischelet eröffnet die Sitzung
um 5^{1/2} Uhr mit einem ehrbaren Nachruf für den am 16. d. Mo.
im Alter von fast 71 Jahren verstorbenen Kollegen, Geh. Sanitäts-
rat Ruge (M. L.).

Die Ausschüsse zur Vorberatung der Vorlage wegen der
finanziellen Auseinandersetzung der Stadt mit dem Gymnasium
zum Grauen Kosaker und zur Vorberatung des sozial-
demokratischen Antrages wegen Errichtung von Waldschulen
für schwächliche Kinder sind gewählt; in den ersteren sind u. a. auch
die Stadtw. Dr. Arons und Wrons, in den letzteren Stadtw.
Deimann und Dr. Wehl deputiert.

Auf dem Grundstück Müllerstraße 92/98, den Kosaken
Erben gehörig, ruht eine Baubeschränkung, wonach die
darauf zu errichtenden Gebäude 2 Ruten von der Straßenflucht
zurückbleiben müssen und höchstens je zehn Wohnungen enthalten
dürfen. Die Besitzer suchen die Lösung dieser Beschränkung nach
und bieten die zu Straßenland erforderlichen Flächen, 31 689 Quadrat-
meter und 1862 Quadratmeter zur Freilegung des Playes Z dafür
unentgeltlich an. In der Ausschussberatung ist auch noch
die unentgeltliche Abtretung eines an der Beselde der
Straße 21a belegenen Grundstücks von 5500 Quadratmeter
für städtische Zwecke event. zum Bau einer Gemeindeschule zur Vo-

dingung gemacht worden. Die Besitzer haben sich mit dieser Be-
dingung einverstanden erklärt. In der erweiterten Sitzung wird
dem Magistratsantrage ohne Debatte die Zustimmung erteilt.

Zur Veratung stehen nunmehr die aus Anlaß der großen

Aussperrung in der Berliner Elektro-Industrie

zur vorigen Sitzung eingebrachten Anträge der sozialdemokra-
tischen Fraktion. Nachdem Waffenstillstand eingetreten ist, haben die
Antragsteller den auf Unterstützung der Familien der Ausgesperrten
aus dem Stadtsäckel gerichteten Antrag zurückgezogen, den anderen
aber, der dahin ging, „den Magistrat zu eruchen, Mittel zu er-
greifen, um die Beschäftigung von Feuerwehrlenten
aus Anlaß der Aussperrung in der Berliner Elektro-Industrie
zu verhindern“, in folgender Fassung eingereicht:

„Die Versammlung erucht den Magistrat, Schritte zu tun,
um die Beschäftigung von Feuerwehrlenten in der Privatindustrie
aus Anlaß von Streiks und Aussperrungen zu verhindern.“

Stadtw. Singer (Soz.): Unter Antrag hat eine der gegen-
wärtigen Situation entsprechende Modifikation erfahren. Es handelt
sich jetzt darum, Vorgänge, wie sie bei der Aussperrung bezüglich der
Feuerwehrlenten sich gezeigt haben, in Zukunft generell zu verhindern.
Der andere Antrag ist als gegenstandslos ge worden von uns zurück-
gezogen. Ueber die Beschäftigung von Feuerwehrlenten haben wir
schon öfter hier Klage führen müssen; nie aber war die Beschäftigung
dieser Klage größer als bei dem letzten Anlaß. Mit unserem Antrag
auf Abkennung vor acht Tagen wollten wir auch den Unternehmern
die Möglichkeit nehmen, in das Horn derer zu stoßen, welche die
Bewegung der Elektro-Industrie zu einer sozialdemokratischen
Sache zu stampeln beabsichtigen waren. Das hindert mich
aber nicht auszusprechen, daß der Verlauf der Sache als ein ge-
radezu unerhörtes zu bezeichnen ist. Die Tatsache, daß die Unter-
nehmer aus Anlaß einer Differenz einer kleinen Zahl von Arbeitern
in einem bestimmten Arbeitszweige zu dem Entschluß kamen, ihre
ganze Arbeiterschaft auszusperrten, diese Handlungsweise, die jetzt
System zu werden scheint, ist eine solche Deutlichkeit (Große Unruhe),
daß der energischste Widerspruch dagegen erhoben werden muß. Das
ist notwendig auszusprechen namentlich gegenüber den Versprechungen,
welche weit über die Arbeitgeberkreise hinaus in der bürgerlichen
Presse sich breit gemacht haben. Man hat von Anfang an die Ur-
sachen dieses Kampfes verdreht; man hat als einen Streit dargestellt,
was eine Aussperrung war, die die Unternehmer vornahmen, um
vermöge ihrer materiellen Uebermacht auf die Gesamtheit der Arbeiter
zu drücken und so die Forderungen eines kleinen Teiles unmöglich
zu machen. Die Erlasse der Unternehmerkreise an die Öffentlichkeit
haben ja klipp und klar zugegeben, daß die Lohnfrage nur von
untergeordnetem Interesse war, daß die Sache für sie zu
einer Maßnahme geworden sei. Wir haben alle Veranlassung,
Schritte zu tun, daß die Staatsbehörden sich in wirtschaftliche Kämpfe
nicht einmischen. Das ist nicht die Aufgabe des Staates und nicht
die der Polizei. Der Staat hätte z. B. die Aufgabe, die sehr
nützliche gesetzgeberische Maßregel zu treffen, um den Hochmut der
Unternehmer zu brechen, die zwangsweise Verpflichtung, sich Schieds-
gerichten zu unterwerfen, beiden Teilen aufzuerlegen. (Erneute Un-
ruhe.) Die Unternehmer halten aber immer noch das Ge-
werberecht für sich für nicht gut genug, um es
als ihr Forum anzuerkennen. Institutionen, die aus städti-
schen Mitteln erhalten werden, die die Gesamtheit bezahlt,
dürfen nicht dazu gemißbraucht werden, einseitig einen Teil
der Streitenden zu unterstützen und ihm zu helfen, die Schwierig-
keiten zu überwinden. Das aber ist geschehen oder doch gebildet
worden seitens des Polizeipräsidenten, indem Feuerwehrlenten in die
Betriebe kommandiert wurden, um die ausgesperrten Arbeiter zu zerlegen.
Der Mißbrauch der Amtsgewalt, der darin liegt, solche Befehle zu
erteilen, den Leuten solche Dienste zuzubereiten, die mit ihrem
Veruf gänzlich zu tun haben, muß aufs schärfste verurteilt werden.
Bei der großen Anzahl von Feuerwehrlenten, die wir haben, mag
es ja schwer zu beweisen sein, daß die Feuerwehrlenten Verlust unter
der Abkommandierung gelitten hat. Wir wissen aber doch,
daß in letzter Zeit ein Gewitter so starke Ueberführungen
anrichtete, daß die Feuerwehr garnicht mehr allen Requiri-
tionen nachkommen konnte. Zur Vermehrung der Feuerwehrlenten
in den Theatern wurden 56 neue Feuerwehrlenten und ein Ober-
feuermann verlangt, nachdem der Verlust, die Theaterwachen durch
Heranziehung der Leute in der dienstfreien Zeit zu verstärken, miß-
lungen war. Wenn also nicht einmal so viel Personal da ist,
um diesen Dienst verrichten zu können, wie die Abkomman-
dierung aus Anlaß der Aussperrung doch ein ganz eigentümliches
Nicht auf die betreffenden Behörden. Man sieht daraus, daß da
nicht die Rücksicht auf die Sicherheit der Stadt oder die Bild-
schaft auf die Stelle, welche die Institution bezahlt, entscheidet, son-
dern die Erwägung, daß man sich solidarisch zu machen habe mit
der Unternehmerschaft. Das kann unmöglich von irgend jemand in
diesem Saale gut gelassen werden. Noch heute ist trotz der Ver-
mehrung der Feuerwehrlenten die Sicherheit in den Theatern nicht
genügend gewährleistet; das „Kasino-Theater“ ist noch heute ohne
jeden Feuerwehrlenten, vielleicht, weil zu wenig Leute vorhanden sind.
Dem allem gegenüber muß die städtische Verwaltung den Versuch
machen, dergleichen für die Folge zu verhindern. Der Einwand der
Unzulänglichkeit des Magistrats wäre töricht; der andere, daß die
Stadt über die Feuerwehrlenten kein Verfügungsrecht hat, trifft
ja bis zu einem gewissen Grade zu, denn wir dürfen zwar die
Feuerwehr bezahlen, aber über sie zu gebieten haben wir bisher nicht.
Die Frage ist aber so zu stellen: Ist es recht und zulässig, daß von der
Stadt bezahlte Institutionen in dieser Art verwendet werden? Ueber
die Mittel, diesen Zustand zu ändern, haben wir uns zu verständigen.
Eins dieser Mittel liegt darin, in der breitesten Öffentlichkeit auf
diesen horrenden Zustand hinzuweisen. Das könnte vielleicht auf
Reform hinwirken. Dann aber müßte der Magistrat als Exekutiv-
behörde in Darlegungen an geeigneter Stelle zu diesem Mißbrauch
Stellung nehmen; endlich wäre durch eine Beschwerde über das
Polizeipräsidentium im Instanzenzuge Abhilfe zu suchen. Ich
bitte daher, unseren Antrag anzunehmen, und hoffe, daß
der Magistrat sich zum Schutze der gesamten Einwohnerschaft
berufen fühlen wird. Einspruch dagegen zu erheben,
daß ein großer Teil der Bürgerschaft materiell durch ein solches
Verfahren auf diese Weise geschädigt wird. Nicht nur die Jehn-
taufende von Arbeitern und die Hunderttausende ihrer Familien-
mitglieder werden dadurch geschädigt, sondern in letzter Linie auch
die Bürgerschaft selbst, denn durch diese Proletarisierung von
Arbeitern leidet schließlich der Mittelstand und die Gesellschaft
gerade so wie der Arbeiter selbst.

Oberbürgermeister Kirchner: Nachdem die Einigung zustande
gekommen ist, möchte ich jedes Wort vermeiden, welches auf die
Vergangenheit zurückgreift. Nur eine Bemerkung: Welche Kreise der
Bürgerschaft haben die Sache anders beurteilt (Verhaftetes Sehr
richtig! bei der Mehrheit), und die Haltung dieser Versammlung be-
stätigt diese Auffassung. 50 Feuerwehrlenten sind den V. G. B. über-
wiesen worden, aber in ihrer dienstfreien Zeit (Weilung), und
haben sich bereitwillig dazu hergegeben. (Unruhe bei den Sozial-
demokraten.) Wir haben 500 Feuerwehrlenten; die Abwesenheit der 50
ist nicht geeignet, die Schlagfertigkeit der Feuerwehr zu beeinträchtigen.
Auf den einzelnen Mann kam eine Beschäftigung von 40 Minuten.
Für das Kasino-Theater, welches 642 genehmigte Plätze hat
(Stadtw. Behl: Es werden aber 1000 hingelassen! Große Unruhe),
wird eine ständige Feuerwehr nicht für notwendig gehalten. Was
die Verechtigung des Polizeipräsidenten und die Zweckmäßigkeit
seiner Maßregel betrifft, so tut man ja bei derartigen wirtschaftlichen
Kämpfen auch meiner Meinung nach am besten, die Parteien sich
selbst zu überlassen, auch von staatlicher Seite. Das ist auch
im vorliegenden Falle, abgesehen von den V. G. B., geschehen.
(Rufe: Streitposten!) Bei diesen hat der Polizeipräsident sich für
verpflichtet gehalten, Fahrzeuge zu treffen, daß der Betrieb fortgeführt
werden konnte. Er hat damit nur seine Pflicht erfüllt. Der Streik
dort betraf nicht bloß die beiden streitenden Parteien, sondern in
weit größerem Umfang die Gesamtheit der Bürgerschaft. (Sehr
richtig!) Der Potsdamer Platz, die Leipzigerstraße, der Tiergarten
werden von den Berliner Elektrizitätswerken erleuchtet (Ruf: Die
Denkmäler! Große Heiterkeit), ferner ein Teil der Bahnhöfe; welche
Ungefährlichkeit und welche Gefahr für die Sicherheit der Bürgerschaft

Könnte eintreten! Auch als Bewegungskraft kann die Elektrizität nicht entbehrt werden ohne erhebliche Gefahr der Schädigung der Bürgerlichkeit. (Nun: Dann soll man doch nicht ausperren!) Die Behörde, welche für die öffentliche Sicherheit sorgen muß, ist in solchen Fällen zu solchen Maßnahmen verpflichtet; die Dritten, die verletzt werden können, müssen zu ihrer eigenen Sicherheit solche Mittel ergreifen können. Es wird vielleicht Aufgabe der Gesetzgebung sein, Mittel zu ergreifen, die sicher stellen, daß derartige Streitigkeiten nicht in einer die Allgemeinheit gefährdenden Weise ausgefochten werden, aber solange wir diese nicht haben, kann man denen, welche für die Sicherheit verantwortlich sind, nicht verargen, daß solche Maßnahmen getroffen werden. Die Bürgerlichkeit hat alle Verantwortung, dem Polizeipräsidenten dankbar zu sein! (Beifall. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Dove (N. L.): Herr Singer spricht von Brutalität und scheint gegen die Unternehmer nach dem Staatsanwalt zu rufen! Er verlangt, daß sich Brutalität auf beiden Seiten bei solchen Gelegenheiten einstellt, und er erwähnt nicht, daß es sich bei den V. G. W. nicht um die Ausperrung, sondern um einen Sympathiestreik handelte. Der Oberbürgermeister hat auch unsere Anschauungen ausgesprochen. Zur Ablehnung des Antrages müssen wir schon aus dem Grunde kommen, weil wir keine Verfügung über die Feuerwehr haben.

Stadt. Kreitzing (N. L.): Im Abgeordnetenhaus haben wir alljährlich unsere Stimme für die Uebergabe der Verwaltung der Feuerwehr an die Stadt erhoben; aber bisher vergebens. Dem Antrag können wir auch nicht zustimmen. Dem Ausdruck „Brutalität“, den Herr Singer auf die Arbeitgeber angewandt, stelle ich die Tatsache gegenüber, daß die Sozialdemokratie seit 30 Jahren dasselbe Verhalten beobachtet. Welchen Terrorismus sie ausübt, habe ich selbst kennen gelernt, denn ich habe 32 Jahre lang auch Arbeiter beschäftigt. Der Arbeiter, der nicht mitmachen will, wird drangeführt, ja er läuft unter Umständen Gefahr für sein Leben. Und wie wird der Boykott gegen die Unternehmer gehandhabt! Der Arbeitgeber soll keinen Arbeiter entlassen dürfen, auch wenn er schlecht und unzulängliche Arbeit liefert! (Medner zitiert eine Preßmitteilung aus Arbeiterkreisen für seine Behauptungen.) Und darf denn eine andere Fabrik die Arbeit machen, die bei den V. G. W. nicht fertig gemacht werden kann? Wird sie nicht als „Streikarbeit“ verweigert? Für das Koalitionsrecht der Arbeiter trete ich stets ein. (Gelächter und Lärm bei den Sozialdemokraten.) Die heutige rücksichtslose Kampfesweise wird sich mildern; man kann aber heute den Arbeitgebern nicht verdenken, wenn sie sich auf alle Weise schütten.

Stadt. Singer: Den letzten Teil seiner Ausführungen hat der Vortrager für seine Person gehalten, was für seine Freunde gegenwärtig ganz nützlich ist. (Hört! hört!) Wir führen jetzt keine sozialpolitische Debatte, sondern erörtern die Frage der einseitigen Einwirkung des Polizeipräsidenten auf die Feuerwehr. Wenn Herr Kreitzing für den Artikel eines bekannten Anarchisten unsere Partei verantwortlich macht, so hat er damit nur in die Kerbe der Schorfmacher. Der Oberbürgermeister hat gemeint, in diesem besonderen Falle war das Eingreifen des Polizeipräsidenten notwendig. Nein, es war nicht notwendig, es war ein Mißbrauch, das wiederhole ich. Im Interesse der öffentlichen Sicherheit soll es notwendig gewesen sein, daß die Werke nicht stillstehen. Das kann man zugeben, dann aber hätte der Präsident seinen Einfluß dahin ausüben sollen, daß die Ausperrung nicht vorgenommen würde. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten; große Unruhe bei der Mehrheit.) Ich stelle ferner nochmals fest, daß die Polizei der V. G. W. erst dann ihre Arbeit verweigert haben, nachdem ihre Arbeitskollegen ausgesperrt waren. Demgegenüber müßten alle Vertuschungsversuche nicht; die Ausperrung laufender absolut unbeteiligter Arbeiter ist vorgenommen aus Anlaß eines Streiks einer relativ geringen Anzahl von Arbeitern eines bestimmten Betriebszweiges. Im übrigen wird ja der Antrag abgelehnt werden. Ich behaupte jedoch nicht, daß die Förderung dieser Frage so lange nicht von der Tagesordnung verschwinden wird, bis diese einseitige Inanspruchnahme der Unternehmer durch Heranziehung städtischer bezahlter Institutionen ein für allemal beseitigt ist! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadt. Dr. Nathan (soz.-fortschritt.) stellt sich ebenfalls durchaus auf den Standpunkt des Oberbürgermeisters. Der Polizeipräsident habe sich nach der Meinung der Antragsteller einseitig der Unternehmer angenommen; nach des Redners Meinung hat er auch die Interessen der Allgemeinheit, die öffentliche Sicherheit in hohem Maße gewahrt, wie es sein Recht und seine Pflicht war.

Hierauf wird ein Schlussantrag angenommen; zum Wort waren u. a. noch Arons und Viehbeck gemeldet.

In namentlicher Abstimmung fällt der Antrag mit 89 gegen 27 Stimmen. Mit den Sozialdemokraten stimmt nur der Stadt. Marggraf (soz.-fortschritt.), was bei der Mehrheit mächtige Aufregung hervorruft. Stadt. Krommen (Fr. Fr.) enthält sich der Abstimmung, weil er vielleicht als beteiligt angesehen werden kann, bemerkt Herr Viehbeck.

Hierauf schreitet man zur Wahl des dritten Beisitzerstellvertreters an Stelle des Stadt. Frisch. Vorgeschlagen sind Brade (N. L.) und Borgmann (Soz.). Gewählt wird Brade.

Ersatz für den ausgeschiedenen Stadt. Frisch (N. L.) ist noch zu wählen in die Wasserhausverwaltung und die Schuldeputation. In letztere wird Peris (N. L.) gegen Singer (Soz.) gewählt.

Nach Erledigung des Wahlganges wendet sich die Versammlung zu der ebenfalls vor acht Tage verschobenen

Erörterung der neuen Anträge der Großen Berliner Straßenbahn auf Erteilung der städtischen Zustimmung zur Konzession ihrer Unternehmungen auf 90 Jahre und wegen der Untertunnelung der Leipzigerstraße und der Straße unter den Linden.

Vorsitzer Dr. Sangerhaus übernimmt den Vorsitz.

Es ist folgender Antrag eingegangen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem vorgelegten Schriftwechsel und erklärt ihre völlige Zustimmung zu dem von der städtischen Verkehrsdeputation in dieser Angelegenheit am 5. Oktober an die Direktion der „Großen“ gerichteten Schreiben. Unterz. Cassel, Dinsc, Singer, Duhow.

Oberbürgermeister Krißner: Der Antrag zeigt, daß sämtliche Fraktionen der Versammlung einmütig die Zustimmung zu den Maßnahmen der Verkehrsdeputation aussprechen wollen; Meinungen gegen einander werden also in der Diskussion kaum ausgetauscht werden. Demnach halte ich eine eingehende Besprechung der Vorlage für sehr erwünscht, um in den weitesten Kreisen der Bürgerlichkeit den Standpunkt, den wir einnehmen, zu beleuchten. Es ist schwer, sich über diese Projekte auszusprechen, weil man von Projekten eigentlich noch gar nicht reden kann. Unsere Techniker, besonders der Stadtrat für den Eisenbau, haben mir versichert, daß es sich bisher nur um Skizzen handelt, die jeder Durcharbeitung zu Projekten entbehren, Skizzen, die eine Beurteilung der technischen Sachlage in keiner Weise zulassen. Sie haben hervorgehoben, daß an allen Punkten, wo sich Schwierigkeiten und kaum überwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, es an jeder näheren Begründung fehlt und auch die Erläuterungen sich darauf beschränken, zu erklären: „die Schwierigkeiten werden sich beseitigen lassen“. Eine technische Beurteilung ist also gegenwärtig unmöglich. Weshalb liegt es nach der wirtschaftlichen Seite; auch hier fehlt vorläufig jedes Fundament, die Summe von 80 Millionen umbeholdet jeder näheren Begründung. Das Projekt basiert wirtschaftlich auf der Verlängerung der Konzession um 90 Jahre. Ein Projekt, welches voraussetzt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse bezüglich der Verkehrsmittel im wesentlichen durch 90 Jahre unverändert bleiben, ist unter allen Umständen ein sehr gewagtes Geschäft. Wer kann sagen, ob in 90 Jahren der Straßenbahnverkehr sich auch nur annähernd in den Grenzen und Formen von heute bewegen wird? (Zustimmung.) Läßt sich in diesen beiden erschöpfenden Beziehungen ein sachliches Urteil zurzeit nicht abgeben, so läßt sich andererseits schon heute feststellen, welchen Standpunkt die Stadt einzunehmen in der Lage ist. In erster Reihe meine ich, daß wir uns nicht absolut ablehnend zu verhalten haben. Ich glaube, es ist unsere Pflicht, daß wir, sobald

die sachlichen Unterlagen vorliegen in die sachliche Prüfung eintreten und ohne Rücksicht auf den Ursprung der Projekte und die Frage vorliegen: Wie weit enthalten sie Gutes und Ausschließbares? Wird das vorgeschlagen — und das an die Hand gemalte Bild läßt ja ein Bouquet von außerordentlichen Schönheiten erkennen — so dürfen wir es nicht zurückweisen, sondern müssen uns bemühen, für Berlin das Gute, das möglich ist, zu erreichen. (Bravos!) aber nicht auf diesem Wege der wirtschaftlichen Fundierung und auch nicht ohne alle Einschränkung. Diejenigen Projekte, die bereits seit Jahren von der Gemeinde und anderen Unternehmungen bearbeitet und zum Teil eingereicht sind, dürfen durch die neuen Projekte nicht gestört werden. (Zustimmung.) Es wäre durchaus unzulässig, daß zugunsten plötzlich auftauchender unfundierter Projekte diejenigen Projekte zurückgestellt werden, welche in weiten Kreisen Anerkennung gefunden haben, und die auszuführen wir im Begriff sind. Die Verhandlungen mit der Hochbahn sind dem Abschluß nahe, wir hoffen, in der nächsten Zeit eine Vorlage Ihnen machen zu können. Das Projekt Potsdamerplatz — Spittelmarkt, jetzt noch mit einer Erweiterung nach dem Alexanderplatz (hört! hört!), dieses Projekt, welches bisher von allen Stellen, auch von staatlicher Seite, mit besonderer Wärme betrieben worden ist, kann den Vorrang beanspruchen und behalten. Ebenso hoffe ich, daß in nächster Zeit das Projekt der Unterflasterbahn Nord-Süd vorgelegt werden kann, und wenn es die Stadt auszuführen bereit ist, nicht zurücktreten darf. (Beifall.) Mit dieser Einschränkung mag alles geprüft und das Gute genommen werden. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß unser Rechtsstandpunkt, der uns vertretungsmäßig gesichert ist, nicht angefaßt wird. Wir haben vertretungsmäßig das Recht, nach unserer Wahl 1919 nicht nur, daß der Bahnkörper uns überlassen wird, sondern uns auch die Patente eingeräumt werden und die Lizenzen für den Betrieb, und wir sind berechtigt, in die Verträge der Gesellschaft einzutreten, oder können verlangen, den früheren Zustand wieder herzustellen. Derjenige, der mit uns sich verständigen will, muß zunächst dieses Recht anerkennen. (Sehr richtig!) Wir können uns nicht den sicheren Rechtsboden unter den Füßen wegziehen lassen. Die Direktion der „Großen“ hat später diesen Rechtsstandpunkt bestritten. Ich habe von der Gesellschaft vieles erwartet, aber daß sie eine solche Behauptung aufstellen würde, übertrifft alle Erwartungen. (Sehr gut!) Sollte es denn auf dem Leipziger Platz unbekannt geblieben sein, daß in Berlin wie überall die Frage aufs eifrigste ventilirt worden ist, ob solche Unternehmungen von den Städten oder von Gesellschaften in die Hand genommen werden sollen? Das ist doch kaum denkbar. Sollten wir uns alle diese Rechte haben einräumen lassen, um davon keinen Gebrauch zu machen? Aber in den Vertragsverhandlungen ist auch die Absicht der Stadtgemeinde, das Unternehmen in eigenen Betrieb zu nehmen, deutlich erkennbar gewesen. Ein Schreiben der Direktion vom Mai 1898 an den Magistrat betont ausdrücklich, daß darüber Uebereinstimmung sei, daß eine Abtretung des Unternehmens gegen Entschädigung nicht vor 1920 gefordert werden könne. (Allseitiges Hört! Hört!) Mit demselben Rechte, wie man in Abrede stellen kann, daß solche Verhandlungen stattgefunden haben, könnte man leugnen, daß überhaupt Verhandlungen stattgefunden haben (Sehr gut!), aber auch wohl mit demselben Erfolge, wenn es zur rechtlichen Entscheidung kommen sollte. Wird der Rechtsboden anerkannt, so werden wir bereit sein, uns in Verhandlungen einzulassen, wie das Gute eventuell zu erlangen sei. Von einer Verlängerung der Konzession um 90 Jahre wird gewiß auf keiner Seite die Rede sein. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Duhow (Fr. Fr.) beantragt, mit Rücksicht auf die Einigkeit der Versammlung, auf die vorgedruckte Zeit und auf den Rest der Tagesordnung die Debatte auf die nächste Sitzung zu vertagen. Die Mehrheit beschließt demgemäß.

Die preussischen Landesdirektoren haben auf ihrer Konferenz zu Kiel am 21. Juni 1904 hinsichtlich der Irrenanstaltspflege ein Abkommen getroffen, wonach

1. die Frist für die Uebernahme Hilfsbedürftiger von einem Landarmenverband auf einen anderen auf 4 Wochen festgelegt,

2. vom Ablauf der Frist für den übernahmepflichtigen Verband für Verpflegung in Provinzialanstalten ein Einheitsfuß von 1,50 M. pro Tag an Kosten vorgeschrieben wird.

Für Verpflegung in Privatanstalten soll nicht mehr als der Selbstkostenbetrag berechnet werden; auf das Verlangen der Uebernahme heilbarer Kranken wird gegenseitig untlässig verzichtet; die vereinbarten Sätze gelten auch im Prozeßfalle zugunsten des obliegenden Verbandes.

Das Abkommen ist seit 1. Oktober 1904 in Geltung. Der Magistrat sucht die Zustimmung der Versammlung zum Beitritt Berlins zu diesem Abkommen nach, mit der Maßgabe, daß der Armendirektion jederzeitiger Widerruf vorbehalten bleiben soll.

Die Versammlung stimmt ohne Debatte zu.

Der Magistrat bekräftigt den Beitritt der Stadtgemeinde Berlin zum Deutschen Städtebunde als einer dauernden Einrichtung. Der Beitritt soll schon zum 1. November er. erfolgen.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Schluss gegen 8 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Börsendematrose.

Die „Frankf. Ztg.“ befindet sich in einer gewissen Verlegenheit. Politisch sympathisiert sie mit dem Bestreben der russischen Liberalen, die heutige russische Regierung lahmzulegen und den Jaren zur Einführung einer liberal-demokratischen Verfassung zu zwingen. Von diesem Standpunkt aus gehen ihr die neuen Anleiheverleufe Russlands gegen den Strich; denn wird die Jarenregierung aus ihrer finanziellen Klemme befreit und ihr eine Summe von 1800 Millionen Frank — um diesen Betrag handelt es sich — zur Verfügung gestellt, so wird dadurch entschieden ihre Position gestärkt. Andererseits aber erfreut sich das Sonnemannsche Organ der speziellen eintägigen Gunst der internationalen Hochfinanz, und diese Gunst möchte es sich nicht verschmerzen. Doch mit journalistischer Gewandtheit weiß das Blatt durch die links und rechts drohenden Klippen hindurchzufahren. Nach dem Prinzip des „Einerseits — Andererseits“ bringt es über die bevorstehende Anleihe Artikel und Notizen, in denen es höchst „unparteiisch“ erst auf die ungünstige finanzielle Situation Russlands, seine beträchtliche Schuldenlast, die Störung des Wirtschaftslebens durch die revolutionäre Bewegung, den schlechten Ernteausfall hinweist, dann aber dieser „Passiva“ als „Aktiva“ so viele günstige Umstände, z. B. den diplomatischen Erfolg bei den Friedensverhandlungen, die rednerischen Ueberflüsse des Budgets in den letzten Jahren, die „produktiven Kräfte“ des Landes, die bisherige prompte Rinszahlung z. gegenüberstellt, daß den mit den Finanzverhältnissen einigermaßen vertrauten Kapitalisten — und nur für diese werden jene Artikel geschrieben — der Eindruck hinterbleibt, als sei die Wirtschaftslage des Jarenstaates doch entschieden günstiger, als Leute vom Schlage der Hochbahn und Delbrück behauptet haben. Jedoch zieht vorsichtigerweise die „Frankfurter Zeitung“ diese Folgerung nicht selbst, sondern überläßt sie dem Leser — sie selbst beschränkt sich in höchster Unparteilichkeit auf das bloße Gegenüberstellen der sogenannten einfachen Tatsachen.

Einem höchst gewandt geschriebenen Artikel dieser Art veröffentlicht wiederum das Frankfurter Börsen-Demokratenblatt in Nr. 289 (vom 18. Oktober), um zum Schluss zu folgendem schönen Erguß zu gelangen:

„Das autokratische Rußland hat bisher, auch in schweren Krisen seinen auswärtigen Gläubigern gegenüber stets den Grundsatz des honesty in the best policy verfolgt, und auch die russische Wollst-Duma, die ja übrigens zunächst erst beratende Kraft besitzt, dürfte den Rechtsbruch einer Repudiation, wie Professor Delbrück sie erwartet, schwerlich als dem Vorzehen und dem Interesse ihrer selbst

wie des russischen Reiches entsprechend erachten, nachdem sie den Jaren jener Politik der Ehrlichkeit während der ganzen letzten Periode einschließlich der Kriegszeit nur zu deutlich zu erkennen Gelegenheit hatte. Aber zu prüfen bleibt, ob Rußland mit seinen zweifellos großen Entwicklungsmöglichkeiten reich und kräftig genug ist, um seine enorme Belastung und deren sicher zu erwartende weitere Steigerung auf die Dauer zu ertragen. Und weiter bleibt, auch wenn man dies zugeben will, zu fragen, ob seine leitenden Kreise die Reichen der Zeit verstehen und ob sie willens und auch imstande sind, alle Kräfte des Landes für dieses Ziel anzupspannen und zu entsaften. Das sind die Fragen, die nur jeder einzelne für sich nach eigenem Ermeßen beantworten kann. Daß aber diese Fragen bestehen und daß sie mit solchem Ernst aufgeworfen werden müssen, zeigt schon an sich das Mißge, das in der Kreditgewährung an Rußland heute liegt. Dessen werden die Emittenten bei der Uebernahme, das Publikum bei der Zeichnung eingedenk zu sein haben.“

Die moralisch, gewissenhaft, und doch wie lähl reserviert und fein nach jeder Seite abgewogen. Die feinste Synthese zwischen Börse und Demokratie!

Die Deuser Gasmotorenfabrik, die größte ihrer Art in Deutschland, hat trotz einer geringeren Vergrößerung ihres Abfahes einen etwas niedrigeren Gewinn erzielt als im vorigen Jahre, wie die Verwaltung angibt infolge des Sinkens der Preise für Gasmotoren und der erhöhten Generalunkosten. Der Fabrikationsgewinn beträgt für das letzte Geschäftsjahr 3 184 700 M., der Gewinn in Berlin 41 778 M., die Beteiligung bei auswärtigen Unternehmungen brachte 450 980 M., wozu der Vortrag aus 1903/04 mit 288 825 M. kommt. Demgegenüber erforderten die Handlungsunkosten 1 617 208 M., die Abschreibungen 460 132 M. Der Reingewinn stellt sich auf 1 414 835 M., aus dem eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung gelangen soll.

Die Bismarckhütte in Oberschlesien schließt ihr Geschäftsjahr mit einem für die Aktionäre recht erfreulichen Ergebnis ab. Sie erhalten als Entbehrungslohn eine Dividende von 20 Proz., obgleich die Abschreibungen diesmal 1 Million Mark betragen, 340 000 M. mehr als im vorigen Jahre.

Verfammlungen.

Die Freie Vereinigung der Bauarbeiter hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ ihre gut besuchte Generalversammlung ab. Rorgeel verlas und erläuterte die Abrechnung vom dritten Quartal. Demnach betrug die Einnahme 6384,55 M. und die Ausgabe 4985,45 M. Mit Einrechnung des bisherigen Bestandes befreit sich das Vereinsvermögen auf 8210,65 M. Scharf bemängelt wurde es, daß jetzt anlässlich des Streiks in der Glas- und Zementbranche die mitbeteiligten Bauhilfsarbeiter zum Uebertritt in die Sektion des Bauerverbandes veranlaßt werden sollten. Allen Mitgliedern der Freien Vereinigung wurde zur Pflicht gemacht, alle derzeitigen Uebereinkünfte auf das entschiedenste zurückzuweisen. Zu einer längeren Aussprache kam es sodann über die Generalversammlung und die darauf erfolgte Diskussion im sechsten Wahlkreise. Sämtliche Redner erklärten sich für die Generalversammlung; Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt. Eine spätere Versammlung soll sich noch des weiteren mit der Frage der Taktik und Weltanschauung des Proletariats befassen. Ein Mitglied namens Hiller wurde sodann wegen Streikbruchs, verübt bei der Ausperrung in der Elektro-Industrie, aus der Organisation ausgeschlossen.

Gewerkchaftliches.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Der Streik der Glutarbeiter.

Gestern Abend fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Versammlung der Glutarbeiter und Arbeiterinnen statt, in der Bruch über die Verhandlungen mit den Fabrikanten berichtete. Der Redner teilte zunächst mit, daß einige Firmen den Tarif bereits unterschrieben anerkannt haben. Mit den Vertretern des Fabrikantenvereins ist am Montag und Dienstag verhandelt worden. Die Fabrikanten hatten als ihren „Beirat“ den Generalsekretär Rasse vom Arbeitgeberverband hinzugezogen und da die Vertreter der Streikenden den Eindruck gewannen, daß dieser Herr die Sache zum Scheitern zu bringen suchte, beriefen sie als ihren Beirat den Vertreter des Buchbinderverbandes Eugen Brückner. Es kam dann schließlich zwischen den Vertretern beider Parteien eine Einigung zustande. Die Fabrikanten haben aber in ihrer Versammlung, die am Mittwoch tagte, diesen Einigungsvorschlägen nicht zugestimmt und statt dessen den Streikenden einen Tarifentwurf angeboten, der wesentliche Verschlechterungen enthält. In der gestrigen Glutarbeiter-Versammlung sprachen sich sämtliche Diskussionsredner gegen die Annahme dieses Entwurfs aus und er wurde denn auch von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Damit wurden auch die Jugendschüsse, die die Vertreter der Streikenden den Fabrikanten gemacht hatten, zurückgezogen und die Forderungen in ihrer ursprünglichen Form aufrechterhalten. Der Streik dauert also unbeeinträchtigt fort. Es befinden sich zur Zeit 155 Arbeiter und Arbeiterinnen im Ausstand.

Auf Beschluß der Versammlung wurde den streikenden Glutarbeitern in Eisenberg telegraphisch mitgeteilt, daß der Streik in Berlin fort dauert und sie aufgefordert, ebenfalls im Kampf auszuharren.

Die Lohnbewegung der Fuhrleute Kopenhagens ist, ohne daß es zum Streik kam, zugunsten der Fuhrleute erledigt worden. Das alte Uebereinkommen wurde mit einer Erhöhung der Wochenlöhne um 1 Krone und entsprechender Erhöhung der Löhne für Tagelöhner bis zum August nächsten Jahres verlängert. Vor Ablauf dieser Frist soll ein neues, festes Uebereinkommen geschaffen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verlustliste.

Berlin, 19. Oktober. Ein Telegramm aus Bindhuil meldet: Am 13. Oktober beim Ueberfall einer Kolonne bei Swartfontein leichtverwundet: Unteroffizier Josef Philil, geboren 12. 3. 82 zu Kotel, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 57.

Die Landtagswahlen in Baden.

Mannheim, 19. Oktober. (Privat-Depesche des „Vorwärts.“) Gewählt 6 Sozialisten. Sieben ausschließliche Stichwahlen.

Opfer der Arbeit.

Dortmund, 9. Oktober. (W. G.) Beim Brückenbau auf Zeche „Bitter“ stürzte der Arbeiter Biermeis aus einer Höhe von neun Metern und verstarb kurz darauf.

Dortmund, 19. Oktober. (W. G.) Auf der Spierbecker Hütte wurde ein Arbeiter durch ein Schwungrad so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Kristiania, 19. Oktober. (W. T. G.) Nach zuverlässigen Mitteilungen ist die Regierung gegenwärtig mit der Regelung der noch zwischen Norwegen und Schweden schwebenden Fragen beschäftigt; ehe diese nicht geordnet sind, wird die Frage der Staatsform nicht entschieden werden.

Aus der Partei.

„Post“-Reidhämmer.

In der Redaktion der „Post“ scheint ein Wechsel eingetreten zu sein. An die Stelle der berühmten „Post“-Esel sind „Post“-Reidhämmer getreten. Diese neue Redaktion wütet gegen die Grund...

Demnach scheint die „Post“ wirklich zu glauben, daß wir ihre Salbaderien ernst nehmen. Darin irrt sie aber. Uns nötigt es immer ein Rädeln ob, die „Post“ gegen unsere Partei und deren Führer...

Die „Post“ hat sogar ihr Herz für die Arbeiter entdeckt. Sie meint, Bebel hätte die ihm zugefallene Summe für die Ausgesperrten in der Elektro-Industrie geben müssen. Welche Sorge um die Arbeiter! Daselbe Blatt, das tagtäglich Juchtausgerufe gegen die Arbeiter...

Aber vielleicht können wir der „Post“ einen guten Rat geben. Fürst Bälou hat schon so mancher Sozialistenvernichtungsrede gehalten und die „Post“ hat diese Reden immer vollinhaltlich abgedruckt. Wie wäre es denn, wenn sich die „Post“-Reidhämmer an Herrn v. Bälou wenden würden und ihn um Verwendung seiner fünf Millionen...

Genosse Bebel sendet uns in Bezug auf die „Post“-Artikel noch folgende Antwort, die wir ebenfalls zum Abdruck bringen:

Lieber Parteigenosse!

Ich bin Ihnen für die Zusendung der Artikel der „Post“ — eines Blattes, das ich nicht zu lesen pflege — sehr dankbar. Die verbissene Wut, die aus denselben gegen mich spricht, hat mich höchlich amüsiert. Ich freue mich immer, wenn meine Feinde sich über mich ärgern. Aber nicht der „Post“ zuliebe, sondern zuliebe derjenigen, welche die Artikel der „Post“ im Original oder in der Weiterverbreitung zu lesen bekommen, möchte ich auf die von ihr an mich gerichteten Fragen einiges antworten.

In ihrer kapitalistischen Naivität — oder ist es schon kapitalistische Dummheit? — fragt die „Post“:

Frage 1: Warum ich nur 45 000 M. und nicht das ganze Geld, das der Leutnant a. D. Hermann Kollmann mir vermacht, für Parteizwecke und speziell für den großen Streik der Elektroarbeiter hergegeben hätte, da ich doch durch mein Verhalten als Volkstribun mir das Wohlgefallen des Testators erworben hätte.

Antwort: Daß die „Post“ sich darüber ärgert, daß ich mein Vermögen nicht sofort den Streikenden — pardon! den von ihren kapitalistischen Ausbeutern Ausgesperrten — zur Verfügung stellte — überrascht mich. Es wird mir und aller Welt neu sein, daß die „Post“ heimlich mit ihren Sympathien auf Seiten der Ausgesperrten stand, die sie offensichtlich fanatisch belämpfte und beschimpfte.

Aber die „Post“ irrt auch sonst. Der Testator hat mich nicht zu einem seiner Erben eingeseht wegen meiner Tätigkeit als sozialdemokratischer Volkstribun, sondern weil ich in einer ihn aufs höchste erregenden Sache mich seiner nach bestem Wissen und Können in freundschaftlicher Weise angenommen habe. Im Reichstag ist die Sache von mir mit keinem Wort erwähnt worden. Ihm war durch die direkte und indirekte Schuld eines Teiles seiner nächsten Verwandten das Recht die Uniform zu tragen aberkannt worden. Nach meiner Meinung zu Unrecht. Und daß ich hierbei ihn mit Rat unterstützte, erwarb mir seine Sympathie und er segte mich aus Dankbarkeit zum Ritter ein.

Leutnant a. D. Kollmann war kein Sozialdemokrat, auch besaß er keinerlei Sympathie für die Sozialdemokratie. Er war vielmehr, wie aus im Prozeß verlesenen Briefen und Eingaben an den König Ludwig von Bayern und den Kaiser Wilhelm hervorgeht, ein großer Feind der Sozialdemokratie.

Indem ich trotzdem der Partei 45 000 Mark und an die ihm verdächtigten und von ihm enterbten Verwandten 132 000 Mark von dem Erbes abtrat, obgleich seine Verwandten keine Aussicht hatten, im Weitergange des Prozesses zu gewinnen, handelte ich gegen die Intentionen des Erblassers. Ich konnte dieses aber tun, da er mir in bezug auf die Verwendung des Erbes keine Vorschriften gemacht hat.

Frage 2: Die „Post“ will ferner wissen, warum ich das Geld, das ich mir durch mein Buch „Die Frau“ verdiente und das mir zu einer „Proletarier-Billa ersten Ranges“ verhalf (Proletarier-Billa im Wert von zwei Drittel mit Hypotheken und Schulden belastet, v. S.), nicht den Arbeitern wieder zukommen ließ, die mir mein Buch abkauften?

Antwort: Nach sozialdemokratischem Grundsatz ist jeder Arbeiter seines Lohnes wert. Da ich das Buch ohne Beihilfe der „Post“ und tutti quanti verfaßte, konnte ich auch den Ertrag desselben beanspruchen. Hätte das Buch statt mehr als 160 000 Exemplare Abzug zu finden, nur 500 gefunden, so hätte ich neben dem Schwaden auch noch den Spott der „Post“ eingeheimst. Weil es umgekehrt gekommen ist, ärgert sie sich.

Die „Post“ irrt aber auch hier, wenn sie annimmt, mein Buch sei nur oder hauptsächlich von Arbeitern gekauft worden. Nein, verehrt die „Post“, so billig mein Buch im Vergleich zu seinem Umfang ist, leider ist es für den Geldbeutel der meisten Arbeiter noch zu teuer. Ich will also der „Post“ verraten, daß mehr als vier Fünftel des Absatzes von meinem Buche in die Hände der Bourgeoisie, und namentlich der Köche und Frauen der Bourgeoisie gegangen ist, und dieses hat mich natürlich ganz besonders gefreut. Schrieb mir doch mehr als eine meiner Verehrten aus diesen Kreisen: mein Buch sei für sie eine Bibel geworden, die sie ständig auf ihrem Nachtschisch liegen habe.

Wie wird Euch zumute, Frau Nachbarin? Ich kann der „Post“ weiter verraten, daß, als ich von meinem Verleger die Stunde erhielt, wozu der weitaus größte Teil meines...

Buches gehe, ich mich sehr ärgerte, seinem Rats nicht gefolgt zu sein, der dahin ging, den Preis des Buches auf 3 M. statt auf 2 M. festzusetzen. Er behauptete, wir würden nicht ein Buch weniger verkaufen, aber viele Tausend Mark mehr verdient haben und zwar auf Kosten der Bourgeoisie.

Frage 3: Die „Post“ fragt: Warum ich den Verdienst, den ich seinerzeit aus meiner Drechslerwerkstatt gezogen, nicht mit meinen Gesellen teilte?

Antwort: Weil dieses eine Fetele gewesen wäre, da durch eine solche Teilung an der Ordnung der bürgerlichen Welt nicht das geringste geändert worden wäre. Kein Sozialdemokrat hat bisher den Stumm, Krupp oder ihren Erben oder den Rathenau, den Hehl zu Herrnsheim, den Vorf, den Kühnemann, den Siemens usw. zugemutet, ihre vielen Millionen mit ihren Arbeitern zu teilen.

Die Frage der „Post“ ist so dumm, daß sie nur beweist, wie ihre Redakteure, trotz ihres täglichen Studiums der sozialdemokratischen Presse, noch nicht die Grundauffassung der Sozialdemokratie verstanden haben.

Die Sozialdemokratie verlangt nicht zu teilen, sie fordert nicht wie das Neue Testament — an das die Erben der Stumm, der Krupp, die Rathenau, Hehl zu Herrnsheim, Kühnemann, Siemens, Vorf, usw. neben den Redakteuren der „Post“ als gute Christen glauben oder zu glauben scheinen — wer zween Röde hat, gebe einen dem, der keinen hat.

Die Sozialdemokratie weiß, daß jede Teilerei in der heutigen Gesellschaft blödsinnig wäre und General-Feldmarschall Graf v. Nolise mit seinem Auspruch recht hatte, den er einmal als Ausbund von Weisheit und Einsicht im Reichstage zum besten gab, indem er sagte:

„Wenn heute geteilt wird, in acht Tagen ist alles wieder ungleich.“

Die Sozialdemokratie will nicht blöde Teilerei, sondern eine organische Umgestaltung der ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft. Das Nähere hierüber erlaube ich die „Post“ im sozialdemokratischen Parteiprogramm und in den Erläuterungen hierzu von Kautsky und Schoenlant nachzulesen.

Dagegen sind die Grundzüge, deren Befolgung die „Post“ mir zumutet, Grundzüge des Christentums, zu dem nicht ich, aber die Redakteure der „Post“ und ihre Hintermänner sich so inbrünstig bekennen.

Im Neuen Testament heißt es nicht nur, wie schon angeführt: „Wer zween Röde hat, gebe dem einen, der keinen hat“, dort heißt es auch weiter:

Matthäus 19 v. 21: Willst Du vollkommen sein, so gehe hin, verkaufe alles was Du hast und gib's den Armen, so wirst Du einen Schatz im Himmel haben.

Und Matthäus 19 v. 24: Es ist leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme.“

Und Lukas 12, v. 33 und 34: Verkauft was ihr habt und gebt Almosen. Macht euch Sädel, die nicht veralten, einen Schatz, der nicht abnimmt, im Himmel, da kein Dieb zukommt und den keine Motten fressen.

Denn wo euer Schatz ist, da wird auch euer Herz sein.“

Wie wäre es, wenn die „Post“ und ihre Hintermänner, die mit so viel schönen Worten mir und meinen Parteigenossen Moral predigen, diese schönen Grundzüge ihres Glaubens von heute ab verwirklichen, statt sich in bödsinnigen und nutzlosen Angriffen auf die Sozialdemokratie zu ergehen?

Für mich, den Atheisten und Sozialisten, sind diese Lehren der Bibel nicht vorhanden, aber ich verwende die geistigen und materiellen Mittel, die ich so glücklich bin zu besitzen, dazu, um diese bürgerliche Gesellschaft, die heuchelt eine christliche Gesellschaft zu sein und eine durch und durch unchristliche ist, zu bekämpfen und eine vernünftiger und gerechtere Gesellschaftsordnung, die sozialistische, an ihrer Stelle begründen zu helfen.

Werde ich deshalb von der „Post“ und ähnlichem Zeitungsgeklammer Tag für Tag angepöbelst, so denke ich: was sieht es den Mond an, wenn der Pudel ihn anbellt.

Schöneberg-Berlin, den 19. Oktober 1905.

A. Bebel.

Die Sache Emmel-Mülhausen, die den Parteinstanzen und verschiedenen Varietäten schon manche kostbare Stunde gelöst hat, scheint nicht zur Ruhe kommen zu sollen. Der Arbeiterwahlverein Mülhausen hat sich aus Anlaß der Berichterstattung vom Parteitag in langer Debatte mit der von der Kontrollkommission in der Mülhauser Angelegenheit gefällten Entscheidung, die auch vom Parteitag gutgeheißen wurde, beschäftigt. Der Wahlverein kann die Entscheidung nicht als eine in allen Teilen geeignete Lösung anerkennen. In einer längeren Resolution wird versucht, eine Sachdarstellung der Angelegenheit zu geben und das Verlangen nach nochmaliger Behandlung der Sache ausgesprochen. In bezug auf den letzteren Punkt heißt es in der Resolution:

„Die Mülhauser Parteigenossen als die Mandatgeber des Genossen Emmel in seinen öffentlichen Stellungen erneuern demgegenüber ihr früheres Verlangen an die Parteileitung, von diesen nicht näher definierten Handlungen des Genossen Emmel in Kenntnis gesetzt zu werden. Die Forderung des Genossen Emmel auf Einberufung eines Parteischiedsgerichtes gegen sich selbst zur Verhandlung über diese unbestimmte Anklage erscheint der Versammlung als ein Verlangen, das nach Recht und Billigkeit ernste Berücksichtigung verdient. Andererseits betont die Versammlung in Uebereinstimmung mit dem Parteitag die dringende Notwendigkeit im allgemeinen Parteinteresse, die leidige Angelegenheit endlich aus der Welt zu schaffen. Sie nimmt Akt von der Erklärung des Genossen Emmel, daß er auch zu einer anderweitigen schnelleren Erledigung der Angelegenheit, als durch den schwierigen Apparat eines Schiedsgerichtes, die Hand zu bieten bereit ist, und erwartet in der Parteileitung, daß sie die vom Vorstande des Arbeiterwahlvereins in Mülhausen auf Grund des heutigen Beschlusses einzuleitenden diesbezüglichen Schritte mit Entgegenkommen aufnehmen wird.“

Die im Schlußsatz der Resolution angedeutete Verständigungsaktion mit der Parteileitung ist so gedacht, daß die letztere die gebräuchlichen Aufschlüsse schriftlich oder mündlich dem Vorstande des Arbeiterwahlvereins oder einer Spezialkommission des Vereins erteilt und daß auf dem Wege dieser kommissarischen Behandlung der Sache eine Lösung gefunden wird, die die von dem Vorsitzenden des Parteitages, Genossen Singer, vor der Abstimmung über die Entscheidung der Kontrollkommission angedeutete Berufung der Mülhauser Genossen an den nächsten Parteitag erübrigt.

Der Wunsch, die Sache Emmel einmal gänzlich aus der Welt zu schaffen, wird in der Partei allgemein geteilt. Öffentlich findet sich bald eine Lösung, so daß der nächste Parteitag in Mannheim nicht auch noch mit der Sache Emmel beschäftigt wird.

Die Verdringung des Genossen Harm-Eberfeld gestakete sich zu einer imposanten Kundgebung. Tausende hatten sich eingefunden, um dem Verstorbenen das letzte Ehrengeläch zu geben. Die Trauerfeier wurde eingeleitet durch einen tiefempfindenen Trauerchor der Arbeitergefangenenvereine, worauf Genosse Grimpe dem dahingekommenen Kampfgenossen Worte der Anerkennung widmete für das, was er für die Arbeiterbewegung geleistet und ihn in bewegten Worten als Mensch und Familienvater würdigte. Er schloß: „Die Nachwelt wird ihm Kränze flechten, die Mittel hat ihm viel verlagert.“ Dierauf bewachte sich der Leichenzug vom Trauerhause nach dem Friedhofe. Ein vieltausendköpfiges Publikum bildete auf dem ganzen weiten Wege — annähernd zwei Stunden — Spalier. An der Gräbt widmete zunächst der Kreisvertrauensmann...

Illenbaum einige Abschiedsworte, worauf der Reichstagsabgeordnete Meist im Namen des Parteivorstandes und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem einsigen Kollegen und Kampferproben Streiter ein letztes Wort der Anerkennung zollte. Es folgten dann zahlreiche Vertreter von den verschiedensten Organisationen. Nach Beendigung der Feier am Grabe fand im Volkshaufe eine Gedächtnisfeier für den Verstorbenen statt. Genosse Schumacher, der frühere Abgeordnete für Solingen, war mit dieser ehrenvollen Aufgabe betraut worden, weil dieser dem Verstorbenen in Freud und Leid besonders nahe gestanden. Schumacher gab ein Bild von der Entwicklung der rheinischen Sozialdemokratie, mit deren Geschichte der Name Harm unauslöschlich verbunden ist. Er schloß seine Gedächtnisrede mit den Worten: „Der Verstorbene war kein Freund von äußerlichen Ehrendezugungen, wollte man ihm aber einen Leichenstein setzen, so gehöre darauf die Inschrift: Er war ein Freund der Wahrheit und Gerechtigkeit, sein Leben gehörte dem Proletariat.“

Der Gesamtparteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs wird am 30. Oktober im Wiener Arbeiterheim zusammengetreten. Außer den üblichen Berichten des Parteivorstandes und der Fraktionen gelangen noch folgende Punkte zur Verhandlung: Die österreichische Krise und das Wahlrecht (Referenten: Ellenbogen und Remez); Der Generalfreist (Referenten: Viktor Adler und Joseph Steiner); Die Alters- und die Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung; Der Militarismus (Referenten: Dajzynski und Soukup).

Aus der frauenbewegung.

Spandau. Am 17. Oktober hielt der Frauen-Bildungsverein seine monatliche Mitgliederversammlung ab, die außerordentlich gut besucht war. Frau Kiesel-Berlin hielt einen Vortrag über die Frau in der Geschichte. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. An diesem Abend traten dem Verein viele neue Mitglieder bei.

„Das Weib soll schweigen in der Gemeinde.“ Auf dieses Wort Pauli berufen sich die frommen Christen gewöhnlich, wenn sie gegen die Forderung der Gleichberechtigung der Frauen sprechen. Aber dort, wo die Frauenbewegung an Ausdehnung und Einfluß gewinnt, wird es immer schwieriger, die vorwärtschreitende Gerechtigkeit mit Bibelzitierten zu überwinden. In K o r w e g e n, wo Frauen sich und Stimme in den Gemeinderäten haben, ist es den christlichen Vereinen bisher im allgemeinen gelungen, ihre weiblichen Mitglieder vor der aktiven Teilnahme an der Verwaltung und den Generalversammlungen zu bewahren. Aber jetzt scheint es, daß die moderne Frauenbewegung auch hier die alten guten Sitten gefährdet, was nach Meinung der streng Bibeligläubigen um so verderblicher wirken muß, als ja das weibliche Geschlecht in vielen religiösen Vereinen die Mehrheit bildet. Die norwegische „Seemannsmission“ hat z. B. kürzlich auf ihrer Generalversammlung mit 117 gegen 33 Stimmen beschlossen, daß in Zukunft auch weibliche Delegierte zugelassen werden sollen, und mit 103 gegen 47 Stimmen, daß ihre Zahl im Verhältnis zu der der männlichen Delegierten nicht, wie es einige noch nicht so ganz von der Frauenrecherei angelegte Leute wünschen, irgendwie beschränkt sein soll. Derselbe Antrag auf Wählbarkeit der Frauen wurde noch im Jahre 1896 einstimmig abgelehnt, erhielt aber schon auf der folgenden Generalversammlung eine Mehrheit, wenn auch nicht die zur Annahme erforderliche Zweidrittelmehrheit, und nun hat also der moderne Gedanke der Gleichberechtigung der Geschlechter bei dieser Missionsgesellschaft das alte Gotteswort überwinden.

Einer der Redner, die vergeblich gegen den Antrag ankämpften, erklärte unter anderm: „Es ist eine Krankheit bei den Normegern, daß sie sich immer auf dem höchsten Punkte jeder Zeitströmung halten müssen. Keine Heidenmission hat den Frauen Wählbarkeit zugestanden wie die norwegische. Sollte der Besuch der Vereinsversammlungen maßgebend sein, so könnten wir Männer am liebsten von der Generalversammlung verschwinden.“

Soziales.

Hauspachgeklüfte. In Leipzig hatte der Allgemeine Hausbesitzerverein sich mit einer Eingabe an das Polizeiamt gewendet, die den angeblichen Zweck haben sollte, das „Dirnenwesen“ zu beschränken. Wie weit dabei die Unverschämtheit der Herren Hauspachas gegangen sein muß, das gibt die deutliche Abgabe der Polizeibehörde an den Verein zu erkennen. Danach erklärt sich das Polizeiamt zwar bereit, auch fernerhin den gehörig legitimierten Hausbesitzern auf Ansuchen Mitteilung zu machen, ob und welche „der sittenpolizeilichen Kontrolle unterstellte Frauenpersonen“ in ihren Grundstücken wohnen, es erklärt aber, weitere Auskünfte, insbesondere über Vorkommen und etwaige Vorfälle sowohl hinsichtlich der Prostituierten wie über andere Abm i e t e r auch in Zukunft prinzipiell ablehnen zu müssen.

Schlägereien zwischen Handlungsgehilfen desselben Geschäftsbereiches. Die Berechtigten des Prinzipal nur dann zu sofortiger Entlassung, wenn sich die Mißhandlung infolge der begleitenden Umstände als eine Achtungsverletzung gegen den Prinzipal charakterisiert. Die gegenwärtige Ansicht Stauds ist in einem in den „Bl. f. Rechtspl.“ mitgeteilten Urteil der 10. Zivilkammer nicht als richtig anerkannt worden. Es heißt darin: Der § 72 Nr. 4 des Handelsgesetzbuches spricht nur von Tätlichkeiten oder erheblichen Ehrverletzungen gegen den Prinzipal oder dessen Vertreter. Es hätte nahe gelegen, hier auch die Mißhandlungen zu erwähnen, wenn es der Absicht des Gesetzgebers entsprochen hätte, dem Prinzipal wegen Tätlichkeiten der Angestellten unter einander einen sofortigen Entlassungsgrund zu geben. Es mag zugegeben werden, daß unter Umständen auch eine Schlägerei der Angestellten unter einander dem Prinzipal das Recht zur sofortigen Entlassung gibt, so z. B., wenn dieselbe in Berlin in einem vornehmen Geschäft in Gegenwart der Kundschaft erfolgt, so daß dadurch das geschäftliche Renommee leidet, oder wenn sie wenigstens in Gegenwart des Chefs erfolgt, so daß hierin ein Mangel an klüderigem Respekt gegenüber dem Prinzipal gefunden werden könnte. Vorliegend ist die Schlägerei aber in geschlossenen Räumlichkeiten in Abwesenheit des Chefs geschehen. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern hierdurch irgend eine Achtungsverletzung des Prinzipals, welche stets nach der Tendenz des Gesetzes die Grundlage für derartige Entlassungsgründe bildet, begangen worden ist.

Das Berliner Krankenkassenwesen leidet an einer starken Zersplitterung, die selbstverständlich viele Nachteile bietet. In den bestellten Kreisen wird deshalb die Frage der Zusammenfassung der zersplitterten Kräfte seit längerer Zeit häufig erwogen. Einen Schritt zu diesem Ziele beabsichtigt jetzt der „Gewerkschaftenverein“, dessen zahlreiche Kassen mehr als 150 000 Mitglieder zählen. Das Verwaltungskomitee beschäftigte sich in seiner Sitzung am 19. September mit der Vereinheitlichung der Krankenkassen. Bei einer vorhergegangenen Umfrage bei den Mitgliedern der einzelnen Kassen hatten sich 130 000 Mitglieder für die Vereinheitlichung und nur 20 000 dagegen erklärt. Trotzdem lehnte der Verwaltungsausschuß die Vereinheitlichung ab. Die Ablehnung wurde besonders durch die Vertreter der kleinen Kassen herbeigeführt, die davon eine Beschränkung ihrer Selbstverwaltung fürchteten. Wir haben volles Verständnis für die ungeschickteste Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung, können aber darin keine Einschränkung dieser erblicken, daß die Kassen einer selbstgeschaffenen Vereinigung eine Funktion zur gemeinsamen Ausführung übertragen, die ohne Zweifel auf diese Weise vorteilhafter erledigt werden kann, als wenn jede kleine Kasse sie allein ausübt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Herr v. Schulz für die Elektro-Industriellen.

Herr Magistratsrat v. Schulz zieht in einem Artikel der „Sozialen Praxis“ das Fazit aus dem Kampfe in der Berliner Elektrizitäts-Industrie und kommt dabei zu sonderbaren Schlüssen über die Stellung, welche die Behörden derartigen großen Kämpfen gegenüber einzunehmen haben.

Er sagt:

„Im übrigen kann die von den Arbeitern bemängelte Befugnis der Regierung, den Firmen für die Kraftstationen Ausbühle durch Feuerwehrlente zu stellen, nicht bestritten werden, wenn das öffentliche Interesse hier in Frage kam. Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Arbeiter nachzugeben. Unleugbar war aber der Staat dabei interessiert, daß die Kraftanlagen im Betriebe blieben. Er durfte nicht ruhig mit zusehen, wenn in den Straßen Berlins das Licht ausging und der Verkehr stockte. Wer stand dafür, daß es ohne Unterbrechung den Arbeitgebern gelungen wäre, den Betrieb der Anlagen aufrechtzuerhalten?“

Die Pflichten des Staates werden in anderen Ländern ebenso aufgefaßt wie in Deutschland. Als zum Beispiel bei dem großen Maschinenbauersstreik 1897 in England der Gewerksverein dagegen Einspruch erhob, daß etwa Schiffbauer der staatlichen Werften den Unternehmern, die Kriegsschiffe zu bauen hatten, zur Unterstützung gegeben würden, erklärte die dortige Regierung, daß sie dem Auslande völlig unparteiisch gegenüberstehe, sich aber vorbehalten, so tun, was das öffentliche Interesse an der Sicherstellung dringender Staatslieferungen erfordere.

Wir kommen nunmehr zu den Ausperrungen durch die Elektrizitätsfirmen. Sie waren ein erlaubtes Machtmittel der Arbeitgeber, bestimmt zur Abwehr der Streiks, dieser Machtmittel der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen bei ihren Streiks nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß dadurch etwa so und so viele Erzeugnisse ruiniert werden. Das gleiche Recht durfte aber den Arbeitgebern nicht versagt werden, wenn sie Ausperrungen für richtig hielten, durch welche allerdings tausende am Streik unbeteiligte Arbeiter betroffen wurden.“

Das wird die Scharfmacher sehr erfreuen!

Das also ist Unparteilichkeit! —

Hätte Herr v. Schulz sich wenigstens noch das englische Beispiel erspart, in dem das Eintreten der Behörden für die Unternehmer nicht einmal durch das angebliche „öffentliche Interesse“ entschuldigt werden kann und die Parteilichkeit kaum noch maskiert ist!

Gewiß waren in dem Kampfe in der Elektro-Industrie die öffentlichen Interessen aufs heftigste berührt; aber nicht erst, als die Maschinenisten und Heizer in den Solidaritätsstreik traten! Das öffentliche Interesse wurde berührt, als die Unternehmer vom dem „erlaubten Machtmittel“ der Ausperrung Gebrauch machten, als sie die ersten Zehntausend auf die Straße warfen. Das öffentliche Interesse wurde schwer geschädigt, als die Unternehmer den Zehntausend mehr als zwanzigtausend anderer folgen ließen. Und das öffentliche Interesse wurde aufs schwerste bedroht, als dann die Kühnheiten die Protokollmachung weiterer zwanzig bis dreihunderttausend städtischer und Staats-Bürger ankündigten. — Wo waren in diesen Momenten die Behörden?

Haben sie den Unternehmern erklärt: „Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Unternehmer nachzugeben!“? — Haben sie ihnen gesagt: „Die Lieferungen für die staatlichen und städtischen Betriebe dürfen nicht leiden!“? — Haben sie Vorkehrungen getroffen, jeder Störung des Produktionsbetriebes, die doch zu allererst ihre Ursache in den eigensüchtigen Interessen des Privatkapitals hat, durch Inangriffnahme der Eigenproduktion für die Zukunft entgegenzutreten?

Ach nein! Das Protokollwerden von Hunderttausenden schien den Behörden kein „öffentliches Interesse“ zu erwecken. Aber als die Arbeiterschaft dem Kapital nach der Achillesferse zielt, als durch die Stillelegung der Zentren nicht der Gesamtheit, aber dem kapitalistischen Flügel ein empfindlicher Verlust zu entstehen drohte, da besannen die Behörden sich auf das — öffentliche Interesse!

Aber man riet nicht etwa den Unternehmern, einigt Euch im öffentlichen Interesse mit Euren Arbeitern. Man kam nicht einmal her und übernahm auch nur vorübergehend die Elektrizitäts-Zentralen in die öffentliche Verwaltung, bis der Streik beigelegt und der Kampf entschieden war. Nein, man schützte den kapitalistischen Profit, indem man Staatsangestellte nicht als öffentliche Lichtpender, sondern als Streikbrecher in die Betriebe hinein kommandierte!

Nicht einmal den Schein einer Unparteilichkeit hielt man aufrecht! —

Wie weit das Denken der Arbeiterschaft und das des Bürgertums sich von einander entfernen, zeigt diese Verteidigung der Behörden durch Herrn v. Schulz! Sie zeigt auch, wie wenig die Arbeiterschaft trotz allen Entgegenkommens von bürgerlich-ideologischer Seite dort auf eine wirkliche Vertretung ihrer Interessen zu hoffen hat. Das Cio-popeia vom sozialen Frieden soll nicht die Kompottschüssel der Arbeiter füllen helfen, sondern die der Unternehmer!

Die Zahl der Drahtangelegenen in den Elektrizitätsfirmen läßt sich immer noch nicht definitiv feststellen, jedoch hat sie sich im Laufe des gestrigen Tages erheblich verringert. Nur die Maschinenisten und Heizer stellen nach wie vor den größten Prozentsatz der Zurückgesetzten. Gestern meldeten sich noch 168 von ihnen als nicht eingestellt zur Kontrolle.

Von den Arbeiterinnen im Glühlampenwerk der Siemens-Schuckert-Gesellschaft sind bis gestern etwa Zweidrittel der früher Beschäftigten an ihre alten Plätze zurückgeführt. Wegen des bestelltesten Lohnabzuges von 2 Pf. pro Stunde, mit dem die Wiedereingestellten beglückt worden sind, sollen morgen Verhandlungen mit der Direktion stattfinden. Die Arbeiterinnen geben sich der Hoffnung hin, daß der völlig unmotivierte Abzug wieder rückgängig gemacht wird und daß ihnen auch ihre bisherigen Arbeitsjahre bei der Firma wieder angerechnet und sie nicht als Neueingestellte betrachtet werden.

Höchst sonderbar muß es aber berühren, daß jetzt auch in der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, bei der die Einstellung der Ausgesperrten noch am schnellsten vor sich gegangen ist, das Verfahren eingeschlagen wird, die früher Beschäftigten als Neueingestellte zu behandeln. So ist den Ausgesperrten jetzt in das Lohnbuch der Vermerk gemacht worden: „Eingetreten am 18. 10. 05“. Demnach scheint es, als wolle auch diese Firma die älteren Arbeiter künstlich um gewisse Ansprüche bringen, die aus den sogenannten „Wohlfahrtsleistungen“ resultieren. Bekanntlich sollen alle Arbeiter der Firma nach zehnjähriger Tätigkeit aus dem Wohlfahrtsfonds ein „Geschenk“ von 50 M. erhalten. An sich ist ein derartiges Geschenk ja nichts weiter wie ein Kicker, um die Arbeiter zu möglichst lagem Ausschalten im Betriebe zu

veranlassen. Jedoch wenn die Leute nun einmal ein Jahrgehnt für die Firma tätig gewesen sind, dann ist auch nicht einzusehen, weshalb ihnen der moralische Anspruch auf den versprochenen Betrag auf eine geradezu überhöfliche Art weggeslamotiert werden soll. Die Arbeiter sind doch nicht von selbst aus dem Betriebe gegangen, sie sind auch nicht „ordnungsmäßig“ entlassen worden. Man hat sie vielmehr ausgesperrt, obwohl sie zur Weiterarbeit bereit waren. Das Arbeitsverhältnis ist mithin nicht durch ihre Schuld, sondern durch die Schuld der Firma unterbrochen worden. Deshalb könnte ihnen nach den allgemeinen Moralanschauungen ihr Anrecht auf die Gratifikation auch nicht geschmälert werden, obgleich sie keinen Rechtsanspruch auf den Betrag haben. Hier zeigt sich jedoch wieder einmal recht drastisch, welcher Wert den Wohlfahrtsleistungen solcher Großfirmen beizumessen ist. Die Arbeiter werden jedenfalls ihre Lehre daraus ziehen.

Der Streik in der Wäsche-Industrie.

Gestern haben sich aus neue mehrere hundert Arbeiterinnen, die bisher noch in den Fabriken verblieben waren, den Streikenden angeschlossen. Mit den wenigen Arbeitskräften, die den Fabrikanten noch übrig geblieben sind, können sie natürlich den Betrieb nicht aufrechterhalten, besonders deshalb nicht, weil ihnen die Zuschneider völlig fehlen. Der Streik hat die Betriebe der Wäscheindustrie tatsächlich lahmgelegt. Das haben auch die Fabrikanten in ihrer am Mittwoch abgehaltenen Verbandversammlung anerkannt. Sie sind infolgedessen zu dem Entschluß gekommen, am Montag die Betriebe gänzlich zu schließen, wobei jedoch betont wird, diese Schließung solle nicht eine Ausperrung von Arbeitswilligen bedeuten, sondern die Maßnahme erfolge deshalb, weil durch die vollzählige Beteiligung der Zuschneider am Streik eine Fortführung der Betriebe unmöglich gemacht sei. Zunächst wollen die Fabrikanten an die Streikenden appellieren und sie zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den Bedingungen zu bewegen suchen, die der Kommission vor dem Streik vorgeschlagen, von der Versammlung des Wäschearbeiterverbandes aber abgelehnt wurden. Diese Bedingungen, besagen bestimmtlich, daß etwaige Lohnhöhungen in das Belieben der Fabrikanten gestellt sind und Beschwerden über ungenügende Löhne von einer Kommission geprüft werden sollen, der die Vertreter der Arbeiterorganisation nicht angehören. — Falls der Appell der Fabrikanten an die Arbeiter Erfolg haben sollte, würden die Fabriken nicht geschlossen werden.

Die Fabrikanten geben sich demnach der Hoffnung hin, es könne ihnen gelingen, die Streikenden ihrer Organisation und ihrer Führung zu entfremden. Eine törichte Hoffnung. So werden wohl am Montag auch die wenigen Arbeitswilligen gegen ihren Wunsch die Fabriken verlassen müssen. — Der Fabrikantenverband rechnet vielleicht damit, daß die große Zahl der Streikenden in Verbindung mit den Ausgesperrten die Kräfte der Arbeiterorganisation bald erschöpfen werde und die Streikenden dann bedingungslos in die Fabriken zurückkehren würden. Auch das ist eine trügerische Hoffnung. In Mitteln zur Unterstützung fehlt es nicht. Überdies dürfte wohl mancher Fabrikant aus Anlaß des Streiks in Gelbnot geraten wie die Organisation der Wäschearbeiter.

Einstweilen sind die Fabrikanten bemüht, wenigstens die eiligen Arbeiten fertigstellen zu lassen. Wo das in der Fabrik nicht möglich ist, gibt man Arbeiten nach anderen Geschäften. So ist Höchststraße 4 eine Plätterei von Glaser u. Schulz, die augenblicklich für verschiedene Wäscheabriken fertige Ware plättet, also Streikarbeit liefert.

Zur besseren Kontrolle hat die Streikleitung jetzt zehn Kontrollstellen in verschiedenen Stadtgegenden, jede für bestimmte Fabriken, eingerichtet.

Wie uns in später Abendstunde mitgeteilt wird, sollen die Unternehmer das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen haben, was von den Ausständigen gewiß mit Genugtuung begrüßt wird.

Die Lederarbeiter, Weißgerber und Färber hatten sich gestern zahlreich im Marienbad versammelt und nahmen den Bericht der Kommission entgegen. Nach diesem dauert der Kampf die dritte Woche und ist beiderseits nichts gezeichnet, um die Sache in ein anderes Stadium zu bringen. Die Fabrikanten suchen in bürgerlichen Blättern junge Leute, Mädchen und Frauen, die Streikarbeit verrichten resp. dazu angeleitet werden sollen. Es hat sich auch eine Anzahl solcher Leute gefunden. Auf den Stand der Bewegung macht das aber keinen großen Eindruck; höchstens, daß der Kampf in die Länge gezogen wird. Es können diese Elemente nur als Hilfsarbeiter Verwendung finden. Die schmeichelt erwarteten Juristen, Baumarbeiter und Färber bleiben aus, obgleich man jeden Winkel Deutschlands und auch Wädmen danach abhakt. Eine Anzahl Hilfsarbeiter haben sich wieder solidarisch erklärt und die Arbeit niedergelegt. Zu verurteilen ist, wie gewöhnlich, die Haltung der Polizei den Streikposten gegenüber. Dieselbe stellt sich auch hier dem Kapitalismus zur Verfügung und macht den Arbeitern ihre Rechte streitig. Namentlich ist dies bei Herrn Maier, Soldinerstraße, der Fall, wo sich die Beamten erlauben, jeden Streikposten fortzuweisen und auch schon Eissierungen vorgenommen sind. Jetzt ist den Arbeitern angedroht worden, daß man scharfer vorgehen werde; eine Verordnung aus dem Jahre 1860 soll dazu herhalten. Somit ist die Situation günstig, es verläuft alles in musterhafter Weise und könnte man auf den Sieg der Arbeiter rechnen. — Scharf im Bericht ging man in der Versammlung wieder mit den sog. „Rißeln“, Unterwerfungen, die sich teilweise dazu hergeben, Streikarbeit zu machen und Leute, die man von der Straße holt, anzulernen. In längerer, erregter Debatte verlangte man einerseits den sofortigen Ausschluß aus dem Verbande, während man andererseits auf dem Standpunkt stand, den Ausschluß noch zu vertagen und der Kommission die weiteren Schritte zu überlassen.

Zugleich wurde dann von der Versammlung angenommen, die Kommission warnt vor Zugang und ersucht Arbeiterblätter um Abdruck der Situationsberichte.

Deutsches Reich.

Wächter, Rahmenträger, Vergolder und Färbiger! Der Streik in der Firma Thomas u. Krannig in Järich (Schweiz) dauert unverändert fort, da die Firma vertragsbrüchig geworden ist. Zugung ist darum streng fernzuhalten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder.

Steinseher. In Görtzig bei der Firma G. Wagner sind die Steinseher in Streik getreten, um die im Frühjahr gestellten Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Zugung ist streng fernzuhalten. Ebenso in Köln, wo der Streik noch anhält.

Der Verrat des „Christlichen“ Holzarbeiter-Verbandes in Köln. Nach der Beendigung des von den Zentrumskreisen verratenen Kölner Holzarbeiterstreiks hat der Unternehmerverband mit Dreiviertelmehrheit beschlossen, auf das Angebot der „Christlichen“ einzugehen und „einige Zeit nach Beendigung des Streiks“ mit diesen allein einen Vertrag abzuschließen. Rurs hat die „Christliche“ Verband beschloffen, den von ihm selber mit ausgearbeiteten und schon bis zur Durchlegung gediehenen Tarif den Unternehmern nicht zu unterbreiten, weil die Zeit zu ungünstig sei. Daß dieser „Grund“ Humbug sei, haben wir gleich gesagt; denn daß nun, noch näher zum Winter, die Zeit günstiger sei als Mitte August, werden die „Christlichen“ nicht behaupten wollen. Durch die Unternehmerversammlung ist jetzt der ganze Verräterplan der „Christlichen“ an den Tag gekommen. Sie wollen nun den Judaslohn für ihren erfolgten Streikbruch und Verrat in der Form eines mit ihnen allein abzuschließenden Tarifs einheimen, aber, wie den Unternehmern erschlüpft ist, erst „einige Zeit nach dem Streik“. Die Anstandsfrist hätten sie sich sparen können, denn an Ansehen und Achtung haben die „Christlichen“ nichts mehr zu verlieren. Von den Unternehmern wird der geplante Vertragsabschluss in deren offiziellem Bericht ausdrücklich damit begründet, daß man dann auch für die Zukunft einen Rückhalt an dem „Christlichen“ Verbande habe gegenüber der freien Gewerkschaft. Der

„Christliche Holzarbeiterverband“ ist also förmlich zur Unternehmerrücktrittstruppe ernannt. Gemäß der Abstimmung scheint nur ein Viertel der verammelten Unternehmern der Ansicht zu sein, daß man dem „Christlichen“ Befundel jetzt, wo man es nicht mehr brauche, den geblühenden Zutritt verweigern könne.

Der Ausbruch der Drahtzieher des Karlsruher Werkes in Mannheim a. Rhein ist nach zwölfwöchiger Dauer erfolglos beendet. In dem von den Ausständigen gefohten Beschluß heißt es: Die Versammlung beschließt, den Streik darum abzubrechen, weil durch den Streikbruch der „Christlichen“ und der Kirch-Drahtzieher in diesem Jahre nichts mehr zu erreichen ist.

Die Straßenbahnerbewegung in Koblenz. Die Direktion der Koblenzer Straßenbahn hatte die Angelegten durch Anschlag auf dem Elektrizitätswerk unter der nicht mißzuverstehenden Drohung der Entlassung vor dem Besuch einer Versammlung gewarnt. Die trotz dem in der Versammlung erschienenen 54 Straßenbahner wurden von einem Spitzel notiert, und so entläßt die Direktion, wie die „Koblenzer Volkszeitung“ berichtet, diese Leute nach und nach in Trupps von 4—6 Mann, nachdem jedesmal vorher die erforderlichen neuen Kräfte angeleitet sind. Die Koblenzer Straßenbahner hatten sich ursprünglich zur Erringung besserer Arbeitsbedingungen aus sich heraus zusammengesetzt. Sie wollten mit aller Entschiedenheit ihre Sache durchkämpfen, da sie ihre Direktion kannten, und sie waren sogar gekommen, während der Anwesenheit Wilhelm II. in Koblenz die Arbeit nötigenfalls ruhen zu lassen. Da kamen die Gewerkschaftsmitglieder von Köln aus dazwischen, machten die Leute kopflos und gossen ihren Tron auf die Wagen der Erbitterung. Zum Dank für das von den „Christlichen“ veranlaßte Jagdste und zarte Vorgehen werden die Leute jetzt kurz vor dem Winter auf Straßenpflaster geworfen. Es ist eben leichter, durch Streikbruch und tödlichen Verrat einen Ausbruch zu erzwingen (siehe Holzarbeiterstreik in Köln!), als selber einen Lohnkampf wirksam durchzuführen.

Von der Textilarbeiterbewegung in Leipzig ist noch zu melden, daß auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Kammgarnspinnerei in der Pfaffenwörststraße sich der Bewegung angeschlossen haben und durch eine Kommission in Verbindung mit der Organisationsleitung bei der Fabrikdirektion eine Erhöhung der Löhne um 10 Proz. und die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, beides spätestens vom 1. Januar ab verlangen. Ausdrücklich wurde von den Arbeitern hervorgehoben, daß ein energisches Vorgehen dringend nötig sei; fünf Jahre habe man sich nun schon hinziehen lassen und auch jetzt solle eine Regelung der Verhältnisse wieder verschleppt werden; denn die Bedingung der Fabrikleitung, ihr Entgegenkommen von dem Verhalten der übrigen Firmen abhängig machen zu müssen, sei nur Verschleppungspolitik.

Wieder einmal § 153 der Gewerbe-Ordnung. Im Spätfrühling dieses Jahres waren die Buchdrucker der Hirschfeldschen Buchdruckerei in Leipzig wegen Tarifbruchs in den Streik eingetreten, dem sich dann auch die Anlegerinnen angeschlossen, die im ganzen Verlaufe des Streiks ein glänzendes Zeugnis von dem auch unter den Arbeiterinnen immer kräftiger auflebenden Solidaritätsbewußtsein ablegten. Um so größer war die Erbitterung, als sich einige Streikbrecherinnen fanden, bereit, ihren kämpfenden Kolleginnen in den Rücken zu fallen. Unter diesen befand sich auch die Ehefrau des Schriftsetzers Dietrich, der selbst in der Hirschfeldschen Offizin als Arbeitswilliger eingetreten war. Diese Frau will nun, wie sie in einer Verhandlung vor der Leipziger Strafkammer angab, durch die streikende Anlegerin König schwer beleidigt worden sein, indem sie von dieser mit Schimpfnamen wie „Landsches Butterweppen“, Streikbrecher usw. belegt worden sei. Der Staatsanwalt glaubte die Glaubwürdigkeit der Streikbrecherin bezweifeln zu dürfen und beantragte gegen sie eine empfindliche Strafe. Der Gerichtshof sah nur als erwiesen an, daß der Ausdruck „Streikbrecher“ gefallen sei, aber er sah dieses Wort als ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung an und verurteilte deshalb die König zu drei Tagen Gefängnis.

Kunstland.

Die Ausperrung im Baugewerbe Amsterdams und die Taktik des neuen Gewerkschaftsverbandes.

Die Versammlung von Hauptvorständen der den neuen Verband niederländischer Gewerkschaften provisorisch angeschlossenen Organisationen, die am Sonntag im Verbandsgebäude der Diamantarbeiter tagte, hat einstimmig folgende Resolution angenommen, welche von großer Bedeutung für die niederländische Gewerkschaftsbewegung ist, da sie nicht allein für die Haltung dieser Organisationen in dem gegenwärtigen Kampf im Baugewerbe maßgebend sein wird, sondern auch im allgemeinen zeigt, welcher Taktik die neue Zentrale Geltung verschaffen will:

„Die Versammlung verurteilt unbedingt den sogenannten Solidaritätsstreik als festen Bestandteil der Taktik der Gewerkschaften, nimmt jedoch an, daß es vorkommen kann, daß er in ganz besonders höchst ersten Fällen angewandt werden muß;

erklärt aber, daß der Streik der Amsterdamer Heier keineswegs das Gewicht und die Bedeutung hat, daß hierbei die Anwendung des Solidaritätsstreiks gerechtfertigt wäre, da ja die unvermeidlichen Folgen dieses Solidaritätsstreiks im voraus bekannt waren und die im günstigsten Fall durch die Heier zu erlangenden Vorteile nicht den Nachteil aufwiegen konnten, der Tausenden von Bauhelferarbeitern samt ihren Familien zugefügt werden konnte. Die Versammlung verurteilt den Solidaritätsstreik der Bauhelferarbeiter und Maurer als solchen;

erklärt ferner, in diesem Solidaritätsstreik einen Ausbruch der verwegenen Taktik und der verwerflichen Theorien eines Teiles unserer Gewerkschaftsbewegung zu erblicken. — Taktik und Theorien, die den Grundgedanken des Verbandes widersprechen und gegen die der Verband den Kampf aufgenommen hat;

erklärt außerdem, daß dieser Kampf mit den Mitteln des gesprochenen und geschriebenen Wortes, aber auch, und zwar vor allem, durch Taten geführt werden muß,

und fordert die Vorstände der angeschlossenen Organisationen auf, den streikenden Heiern und ausgesperrten Maurern und Bauarbeitern keinerlei Unterstützung zu gewähren und ihren in Verandt kommenden Mitgliedern auch keinen individuellen Beistand anzubieten;

erachtet es aber für wünschenswert, daß diese Organisationen auf Verlangen finanzielle Hilfe denjenigen dem Verbande angeschlossenen oder auf dessen Standpunkt stehenden Gewerkschaften verleihen, von welchen Mitglieder unwillkürlich durch die Ausperrung getroffen wurden.“

Diese Resolution ist, da der Verband ja noch nicht offiziell in Tätigkeit getreten ist, nicht als ein bindender Beschluß, sondern als eine Richtschnur für das Verhalten der einzelnen Organisationen anzusehen. Die Versammlung selbst war auch nicht auf Veranlassung des Vorstandes zustande gekommen, sondern auf Wunsch der Verbände der Zimmerer und Nigarrenmacher. Außer diesen beiden waren die Verbände der Diamantarbeiter, des Eisenbahn- und Straßenbahnpersonals, der Wäder, der Maler, der Möbelschleifer, der Textilarbeiter und der Näherinnen und Schneider vertreten. Die Hilfsproduktionsarbeiter und die Gemeindefabrikanten hatten Zustimmungserklärungen gesandt.

Bekanntlich hatte die Redaktion von „Het Volk“ einen Aufruf zur Unterstützung der Ausgesperrten veröffentlicht. Nun hat der Vorstand der sozialdemokratischen Partei auf Grund eines am Samstag gefohten Beschlusses die Redaktion ersucht, von der weiteren Veröffentlichung des Aufrufs aus organisatorischen Rücksichten Abstand zu nehmen. „Het Volk“ bemerkt dazu: „Wir kommen diesem Wunsche nach. Weigerung würde uns zu einer Haltung gegenüber dem Parteivorstande bringen, die dem Parteinteresse schaden würde.“ Weiter konstatiert die Redaktion jedoch, daß, da der Parteivorstand sich über die Unterstützungsfrage selbst nicht geäußert hat, es den Parteioptionen und Genossen freisteht, ihrer Ansicht entsprechend zu handeln.

Der Streik der Straßenbahner in Kopenhagen ist nach dreitägiger Dauer durch Vermittlung des dänischen Arbeitsmanns-Verbandes mit einem Vergleich beendet worden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 20. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Der Ring des Nibelungen. Götterdämmerung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der Schwur der Irene.
Neues. Ein Sommernachts Traum. Wehen. Der Bettelstudent. Deutsches. Das Kästchen von Heilbronn.
Berliner. Andalusia.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Schiller-Theater.) Flachsmann als Erzieher.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Augen rechts. Zum Einsiedler.
Leistung. Benignus Erlebnis. Panisches Dummheit.
General. Zur indischen Sitte. Residenz. Die Höhle des Löwen. Metrop. Auf - ins Metrop. Kleines. Gbala.
Trianon. Madame Torera. Lustspielhaus. Der Familientag. Thalia. Bis früh zum Käse! Carl Weiss. Der Weltumsegler wider Willen.
Luise. Othello.
Deutsch-Amerikanisches. Wer, Herr Herzog!
Kaffee. Der Adelsnarr.
Apollo. Frau Luna. - Spezialitäten.
Walhalla. Eine tolle Nacht. Dornfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Ein Abend in einem amerikanischen Ringel-Tanzel - Spezialitäten.
Beste Alliance. Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Papststreik. Soll und Haben. - Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vasage. Robert Koppel. Marzall, der Mann mit den Hüten. Georg und Gusti Edler.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Speloterinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon.
Sternwarte. Invalidentstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Berliner Theater.

Charlottenstr. 90/92.
Andalusia.
Dramatisches Gedicht in 5 Akten von Florian Enbli.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen u. folg. Tage: Andalusia.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Andalusia.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Hidalla.

Sonnabend zum erstenmal: **Das vierte Gebot.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Angebot.**
Hierauf: **Der zerbrochene Krug.** Abends 8 Uhr: **Das vierte Gebot.**

Zentral-Theater.

6 Uhr: **Indische Witwe.**
Täglich:
Operette in 3 Akten v. Oscar Strauß.
Sonnabend nachm. 3 Uhr: **Maria Stuart.** Schiller zahlen auf allen Plätzen 60 Pf.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Geisha.**
Abends 7 1/2 Uhr: **Indische Witwe.**

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Othello.
Sonnabend: **Bech-Schulze.**
Sonntag nachm.: **Rean.**
Abends: **Othello.**
Montag: **Das Lumpensindel.**
Hierauf: **Das Schwert des Damocles.**

Walhalla-Theater

Weinbergsweg 19/20.
Direktion: **Richard Schultz.**
Heute und folgende Tage:
Eine tolle Nacht.
Vorher: **Gr. Spezialitäten-Programm.**
Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Täglich 9 1/2 Uhr
unter persönl. Leitung v. **Paul Lincke.**
Frau Luna.
Vorher:
Die Oktober-Spezialitäten
Sonntag, 22. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Frühlingsluft
und **Spezialitäten.** Bedeutend ermäßigte Preise!

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Der Familientag.

Urania Taubenstr. 48/49.

8 Uhr:
Speloterinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon.

Sternwarte Invalidentstr. 57/62.

D. CASTANS ANOPTICUM
Friedrichstr. 195.

Joëls Traum.
!! Pompeji !!
Die Ehre des Vaters!
Restaurant:
Dresdener Sänger.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Madame Torera
(Madame L'ordonnance).
Schwank in 3 Akten v. Jules Chancel.
Deutsch von Max Schenau.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: **Das Ende der Liebe.**

Metropol-Theater

Präzise 8 Uhr
zum 42. Male:
!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Kapellmeister Max Roth. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.

Walden a. D. x Mid Clifford a. D.
Bender x Giampietro
Josephi x Massary x Frid-Frid
Steidl x Lilly Walter.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Direktion: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage:
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. R. Gannequin und B. Bühnau.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Der Hüftenbesitzer.**

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch kurze Zeit!
„Der Adelsnarr.“
Sonntag nachmittags 4 Uhr:
„Ein Sohn des Volkes.“

Passage-Theater.

Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Kolossaler Erfolg!
Robert Koppel
in seinem neuen Repertoire.
Marshall
der Mann mit den Hüten.
Georg u. Gusti Edler
Ipsoler.
14 erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 68.
Heute:
Berliner Kinder.
Gr. Postf. m. Gef. in 4 Akten v. Salinger.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Sollstämliche Preise.
Entree 30 Pf., nummerierter Pl. 50 Pf.
Sonntag nachm.: **Fräulein Doktor.**
abends: **Berliner Kinder.**

Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Letzte Woche! Anfang 8 Uhr.
Der Weltumsegler wider Willen.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Kinder-Vorstellung: Rotkäppchen.** Abends: **Othello.**
In Vorbereitung: In Berlin ist was los. Große Ausstattungsposse. Neue in 6 Bildern.

Sanssouei, Grottenstr. 4a

Dir. W. Reimer.
Sonn- u. Mont. Donnerst.:
Am glänzendsten und elektr. beleucht. **Strobilium.**
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Theater-Abende.
Gastspiel des **Lübe-Kasembles.**
Der kleine Saal (150 Personen) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Bh. Börse.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vergrößert! Erneuert!
Das brillante Oktober-Programm.
Neu! Neu!
Darton Brothers
Handballturnier.
Birtons Brothers
moderne Gladiatoren.
Ein Kater
Schwank in 1 Akt.
Eugen Nighton, mob. Jongleur.
Familienarten sind in allen Barbier, Friseur u. Zigarren-geschäften sowie im Theater-bureau unentgeltlich zu haben.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.
Saisonelager!
Die Schlächtermeisterin als Schauspielerin
oder: **Skandal im Theater.**
Große Postf. und 20 Spezialitäten-Nummern.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.
Komödie in drei Aufzügen von Otto Ernst.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Zirkus Albert Schumann

Heute abends präzis 7 1/2 Uhr:
Das große internationale Programm. U. a.: Die größte Attraktion der Gegenwart! Noch nie gesehen!
Die 9 heilig. Chingus
Zauberer und Gaukler aus Mukdon. Noch nie dagewesen!
Javaner-Truppe.
Grotesquekünstler aus Java.
Frankreichs beste Radfahr-Räuber **John und Louis Boller** mit ihren phänomenalen **Vor- und Rückwärts-Saltomortali** auf dem Zweifeld.
Das einzig existierende einen halben **Saltomortale schlagende Pferd.**
Zum Schluss: Die gr. Kostüm! Der Tag des **Englischen Derby.**
Sonntag: 2 Verk., nachm. 3 1/2 Uhr ein Kind frei, abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Der Tag d. Englischen Derby.

Gebrüder Herrnfeld-Theater.

Sum 180. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Originalkomödie von Anton und Donat Herrnfeld.

W. Noacks Theater.

Direktion: **Rob. Dill.** Grummstr. 16.
Zum letztenmal:
Mutterjegen
oder: **Die neue Fanchon.**
Schauspiel mit Gesang in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: **Keine Vorbereitung.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Stets wechselnde Spielfolge.
Nach jeder Vorstellung:
Großer Extra-Tanz.
Folies Caprice.
Budapester Posen-Theater
132 Lianenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: **Soll und Haben** u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten. Kasseneröffnung 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Vorverkauf täglich bei A. Wertheim und an der Theaterkasse.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
humoristische Spezialitäten
16 Bendix.
Litke Carlsen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei 10 Pf. Entree auf jedem Platz.
Verteilung von Geschenken.
Täglich im Konzertsaal 8 Uhr.
Sonntags ab 3 Uhr 2 Kapellen.
„Schrammeln“, Ungarn und Nahelänger.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
In Vorbereitung:
Rin - ins
„Colosseum“!
Ausstattungs-Gesangs-Burleske.

Elysium

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
Gottschalk-Konzert.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Bühn. 14.)

Freitag, abends 8 Uhr:
Augen rechts.
Komödie in 3 Akten v. Von Lehmann.
Hierauf: **Zum Einsiedler.**
Lustspiel in 1 Aufz. v. Benno Jacobson.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Fuhrmann Henschel.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Flachsmann als Erzieher.

Zirkus Busch.

Komiker Gala-Abend.
Größte Attraktion der Welt!
Sensationell! Sensationell!
Der Kanonenkönig!
Schuß eines lebend. Menschen aus einem Marine-Geschütz schwersten Kalibers.
Nur noch kurze Zeit!
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur in ihrer milit. Infanterie-Exerzition.
Japanische Infanterie.
Zum 30. Male: **Mexiko.**
Große Ausstattungs-Pantomime aus dem mexikanischen Pflanzenleben.
Avis! Sonntag auf allgemeinen Wunsch nachm.: **Mexiko.**

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr!
Gastspiel **Ad. Philipp**
zum **50. ABER!**
Male: **Herr Herzog**
Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Halbe Preise!**
„Ueber'n großen Teich.“

WINTERGARTEN

Heute
die in London an 1000 Abenden mit großem Heiterkeitserfolge gegebene Pantomime
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel
Original-Aufführung außerdem
Guerrero, span. Tänzerin. **Artois**, Reckkünstler. **Amann**, Mimiker. **Harndins**, Wundersterne. **Collo de Looz**, Drahtseilakt. **Mardor**, Goldamazonen. In Japan. **Ballett**. **Moore**, engl. Sängerin. **Collins** und **Hart**, Exzentriks. Die mysteriösen **Husaren.**
Biograph.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Hauptmann Marquis Itonye
Szene vom Kriegsschauplatz.
Rosa u. Jehan
Liane Leischner
Belle Astoria.
16 sensationelle Attraktionen.
Sonntags 2 Vorstellungen
Nachm. 3 Uhr: Halbe Preise.
Jeder Besucher 1 Kind frei.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
humoristische Spezialitäten
16 Bendix.
Litke Carlsen.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei 10 Pf. Entree auf jedem Platz.
Verteilung von Geschenken.
Täglich im Konzertsaal 8 Uhr.
Sonntags ab 3 Uhr 2 Kapellen.
„Schrammeln“, Ungarn und Nahelänger.
Ende des Konzerts 1 Uhr.
In Vorbereitung:
Rin - ins
„Colosseum“!
Ausstattungs-Gesangs-Burleske.

Elysium

Kommandantenstr. 3-4.
Vollständig neu renoviert.
Auftritt v. 36 erstklassigen intern. Spezialitäten.
Geöffnet von 10 Uhr früh bis 12 Uhr nachts.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
Gottschalk-Konzert.

Breuer's Festsäle

zur Königsbauk.
Große Frankfurterstr. 117.
Jed. Freitag: **Original-Harburger Sänger.**
Anfang 8 1/2 Uhr.
Entree inkl. Tanz 30 Pf.
Vorzugskarten gelten. Kinder 10 Pf.
Heute zum Schluss: **Alarm.**
Wunderbild von Karl Frid.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: **Wodentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.**

Fröbel's Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee.
Heute sowie jeden Freitag:
Fritz Steidl
Sänger.
Entree 30 Pf. Speerf. 50. Anf. 8 Uhr.

Otto Pritzkows Berliner

Abnormitäten-Theater
Künstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 25. Stendalerstr. 18.
Säle von 100-1200 Pers. stehen den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: **Quartett-Sänger** und **humoristische Soiree.**
Jeden Donnerstag: **Gr. Konzert.**

Ein Riesenposten Mocketplüsch

130 Cmr. Meter, von 4 bis 65 breit, à Meter, Mk. 4,50
halbarster buntpigmentierter Möbelstoff. Reste spottbillig!
Proben franko.
Teppichhaus
Emil Lefèvre,
BERLIN S. Oranienstr. 158.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Cigarrenhandlungen

liefern zu Originalpreisen
alle gangbaren Cigaretten
(Garbáty, Phänomen, Joscett, Manoli, Bolero, Kapitän etc.)
die seit Jahren hier eingeführte Firma
Carl Röcker, Grüner Weg 112.
(Fernsprecher: Amt VII, 3861.)
Spezialität:
Dänischer Kapitän-Kautabak, gefächelt
Norddeutscher Kautabak, stets frisch.
Rauch- und Schnupftabake, einzig.

Größtes Kaufhaus des Nordens für Herren- und Knaben-Bekleidung

12 Schaufenster Front.
Größte Auswahl, streng reelle Bedienung bei billigen, festen Preisen.
4490L*
Moritz Groß, Kastanien-Allee 42.
Wer sich auf dieses Inserat bezieht, erhält 5 Proz. Rabatt.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabako.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 4405L*
Amt 4, 3014.

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I.
Hierdurch den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kohlenarbeiter
Friedr. Boelke
verstorben ist. 71/15
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs der Gethse-Bemende, Mariendorfer, Chausseestr. 43, aus statt.
Um recht zahlreiche Beteiligung bitten Die Ortsverwaltung

Verein der Zink-, Zinn- und Bleigießer Berlins u. Umgeg.

Nachruf!
Allen Kollegen und Gönnern des Vereins die traurige Nachricht, daß unser lieber Kollege, der Zinkgießer
Paul Irrgang
am 14. Oktober in Belg. bei Vich verstorben ist. Derselbe war ein unermühter, stets opferbereiter Kollege.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand. 299/7

Allen Bekannten die traurige

Nachricht, daß mein lieber Vater, der Maurer
Karl Heiler
am 17. Oktober 1905 nach langem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kirchhofs, Mariendorfer Weg, aus statt. 4776L.
Dieses zeigt tiefbetrübt an
Fran Heiler nebst Kindern.

Todes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante
Hedwig Pfarr
geb. Kasomier
am Donnerstag, den 19. Oktober, früh 1/2 Uhr sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs der Freiwilligen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. 2730b
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die herzlichste Teilnahme bei

der Beerdigung meines lieben Vaters sage ich allen Bekannten, besonders den Kollegen der Firma **Raha** meinen herzlichsten Dank.
Witwe Anna Page.

Sozialdemokratischer Verein
im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
 Sonnabend, den 21. Oktober, im Böhmisches Brauhaus,
 Landsberger Allee 11:

Stiftungsfest.

Konzert □ Festrede □ Vorträge und Spezialitäten.

Nach dem Konzert **TANZ** Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 206/1
 Eintritt 30 Pf. Anfang präzis 8 Uhr. Der Vorstand.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet

VI. Wahlkreis (Schönhaus. Vorstadt).

Sonntag, den 22. Oktober, abends 6 Uhr, in den „Berolina-Sälen“,
 Schönhauser Allee Nr. 28: 200/6*

Volks-Versammlung für Männer und Frauen.

1. Vortrag des Genossen Ströbel über: „Die Weltanschauung des Sozialismus.“
 Tages-Ordnung:
 2. Diskussion.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz.
 Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vertrauensmann.

Achtung! Maurer. Achtung!

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Freitag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstraße 35:

Baudeputierten-Versammlung.

NB. Da wichtige Angelegenheiten zur Sprache kommen, ersuchen wir die Kollegen, daß jeder Bau vertreten ist. 130/11* R. A.: Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonenstr. 15, H. I. — Telefon: Amt III. Nr. 5028.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Industriesälen, Genthstr. 20:

General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Vereinsangelegenheiten
 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch ist vorzulegen. 258/11
 Der Vorstand. R. A.: Albert Juppenlatz.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
 Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 8353.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im großen Saale des
 Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Schlichtungskommission.
 4. Verbandsangelegenheit.

Kollegen, in dieser Versammlung werden die Tarife nebst Kommentaren ausgegeben. Wir geben ferner bekannt, daß vom 15. Oktober ab auf jedem Bau der Ofen geliefert werden muß. Zahlreicher Besuch der Versammlung wird erwartet.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokale von
 Gustav Tempel, Alt Vorhagen 56:

Bezirks-Versammlung für Rummelsburg u. Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Die Ursachen und der Verlauf der Ausperrung in der
 Elektro-Industrie. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 153/4
 Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.

Sonntag, den 22. d. M., vormittags 10 Uhr, im Volkshaus,
 Rosinenstr. 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom III. Quartal 1905. 2. Vortrag. 3. Anträge der
 Ortsverwaltung. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. 95/1
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Köpenick

am 17. für alle in Köpenick, Friedrichshagen, Grünau, Griner,
 Ten-Sitten wohnenden am Sonntag, den 22. d. M., vormittags
 von 7-12 Uhr bei Nordmann aus. 64/20

Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat gesprochen.

In einer vom Kaiserlichen Gesundheitsamt herausgegebenen Broschüre, betitelt „Der Kaffee“, finden sich Seite 120 u. ff. folgende bemerkenswerte Sätze: —

„Es hat gar nichts Ueberraschendes, daß ein Getränk, welches das arzneilich wirksame Koffein in solchen Mengen enthält, in allen Fällen nicht als harmlos bezeichnet werden kann. Bisher ist jedoch jeder tiefere Einblick in das Zustandekommen und das eigentliche Wesen der Koffeinwirkung, so kann die tagtägliche Erregung des Nervensystems keineswegs ohne alle Folgen für dasselbe verlaufend gedacht werden“

„Die Wirkungen übermäßigen Kaffeegenusses sind hinreichend bekannt. Auch die in den Fachschriften niedergelegten Selbstbeobachtungen nach Aufnahme größerer Mengen Kaffee und absichtliche Vergiftungen zeigen die hohe Wirksamkeit und Giftigkeit.“

„Ein Getränk, welches bei Verwendung kleiner Mengen doch schon die Anfänge der geschilderten Vergiftungswirkungen des Koffeins in sich trägt, eignet sich nicht zum Genuß für Kinder, nervöse und herzkränke Personen. Es ist deshalb ziemlich allgemein üblich, Kindern, die überdies eines nervenanregenden Genußmittels nicht bedürfen, Kaffee vorzuenthalten“

„Trotzdem könnte aber eine Aufklärung im dem Sinne nur zum Nutzen des Publikums ausschlagen, daß auch der Kaffeeausguß nur als ein Anregungsmittel beurteilt werden darf und daher auch nur als ein Anregungsmittel genommen werden sollte und daß ihm jeder Nährwert abgeht.“

Der Ehren hat zu hören, der höre! — Aus diesen unzweideutigen Äußerungen unserer höchsten Gesundheits-Behörde geht Eins mit absoluter Bestimmtheit hervor, nämlich:

daß der Bohnenkaffee wegen gewisser gesundheits-schädlicher Eigenschaften sich nicht zum regelmäßigen täglichen Genuß für nervöse Personen, Kinder und Kranke eignet und deshalb — das folgt mit logischer Notwendigkeit daraus — durch ein anderes, vollkommen unschädliches, gesundheitsdienliches Getränk ersetzt werden muß. Dieses Getränk ist nach dem übereinstimmenden Urteile erster Autoritäten und Aerzte — Rathreiners Malzkaffee, weil er die hygienischen Vorzüge eines in jeder Hinsicht unschädlichen und zuträglichen Gesundheitsgetränktes mit dem anregenden würzigen Wohlgeschmack des Bohnenkaffees, der ihm durch ein eigenartiges, patentiertes Verfahren mitgeteilt wird, aufs glücklichste in sich vereinigt. Das ist jedoch nur bei dem echten „Rathreiner“ der Fall, der ausschließlich in verschlossenen Paketen verkauft wird, die das Bild und den Namenszug des Pfarrer Kneipp als Schutzmarke tragen. — Man beherzige diese wichtigen Tatsachen und mache gleich, lieber heute als morgen, einen Versuch.

Streik-Versammlungen aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschebranche

am Sonnabend, den 21. Oktober, vormittags 10 Uhr, bei **Lipps**, am Friedrichshain, und bei **Keller**, Köpenickerstr. 29.

Tages-Ordnung:
 1. Der Stand unserer Lohnbewegung.
 2. Diskussion.
 Wir bitten die Parteigenossen und Genossinnen, für regen Besuch dieser Versammlungen zu sorgen, den Sitzenden machen wir es zur Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Die Schlichter-Kommission. [251/15]

Achtung! Rohrer! Achtung!

Freitag, den 20. Oktober, abends 6 Uhr, in Börsen Festsaal,
 Weberstraße Nr. 17: 206/8

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 NB. Die Vorstandsmitglieder werden ersucht, eine Viertelstunde früher zu erscheinen. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Dachdecker.

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 22. Oktober 1905, vormittags 10 Uhr, bei Feind,
 Reinstraße 11:

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal 1905.
 2. Berichterstatter vom Genuß und Ergänzungswahl des Genußvorstandes.
 3. Anträge zum Verbandstag. 54/20
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter Berlins und Umgegend.

Sonnabend, den 21. Oktober, in der „Berliner Ressource“,
 Kommandantenstr. 57:

Großes Herbst-Fest.

Vorstellung. Ball. Ende ???
 Anfang 8 Uhr. Damen-Billets inkl. Tanz 30 Pf., Herren 50 Pf.
 Gäste willkommen. Das Komitee.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 22. Oktober, abends 7 Uhr,
 in Volgs Rittersälen, Rittersstr. 75:

Vortrag des Genossen Katzenstein über: Alkoholismus und Arbeiterbewegung.

Nach dem Vortrag:
 Gemütliches Beisammensein und Tanz.
 Eintritt 20 Pf. 5/6 Garderobe frei.

Verband d. baugewerbh. Hilfsarbeiter Deutschl. Sektion der Brunnenbauer u. Hülfсарb.

Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Sektions-Versammlung

bei R. Augustin, Oranienstr. 103.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sektion der Kunstsandsteinarbeiter.

Sonntag, den 22. Oktober, nachm. 3 Uhr:

Sektions-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 7.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Ref.: W. Kribow. 2. Diskussion.
 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 44/13
 Zahlreichen Besuch erwartet Der Zweigvereins-Vorstand.

Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein d. Bau- und gewerbh. Hilfsarbeiter Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 22. Oktober, vorm. 10 Uhr, Langestr. 65:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1905.
 2. Abrechnung vom Vergnügen.
 3. Wahl eines Hilfskassierers für Ofen und Säckchen.
 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Neue Mitglieder jeden Berufes von 16 bis 45 Jahren werden in der Versammlung aufgenommen.
 NB. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. 37/9
 Der Vorstand.

Dr. Simmel, Pringenzstr. 41, Haut- und Hornleiden.

Spezialarzt für 29/14*
 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4

„Voran II“

Einkaufsgenossenschaft des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein (Arbeiter-Radl. Bund „Solidarität“).

Den Genossen zur Kenntnisnahme, daß die Geschäftsstelle Oberbergerstraße 30 in den Wintermonaten bis auf weiteres Sprechtagmittags von 4-9 Uhr, Sonntagvormittags von 8-10 Uhr geöffnet ist.

Gleichzeitig empfehlen wir den Genossen unsere große Auswahl in Sweaters, Strümpfen, Handschuhen, Mützen und sonstigen Wollwaren in bekannter Güte. 128/13*
 Der Vorstand.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Kuhn, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Rücknahme gratis neue Bettfedern d. Ph. 25 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., 80 Pf., 90 Pf., 100 Pf., 110 Pf., 120 Pf., 130 Pf., 140 Pf., 150 Pf., 160 Pf., 170 Pf., 180 Pf., 190 Pf., 200 Pf., 210 Pf., 220 Pf., 230 Pf., 240 Pf., 250 Pf., 260 Pf., 270 Pf., 280 Pf., 290 Pf., 300 Pf., 310 Pf., 320 Pf., 330 Pf., 340 Pf., 350 Pf., 360 Pf., 370 Pf., 380 Pf., 390 Pf., 400 Pf., 410 Pf., 420 Pf., 430 Pf., 440 Pf., 450 Pf., 460 Pf., 470 Pf., 480 Pf., 490 Pf., 500 Pf., 510 Pf., 520 Pf., 530 Pf., 540 Pf., 550 Pf., 560 Pf., 570 Pf., 580 Pf., 590 Pf., 600 Pf., 610 Pf., 620 Pf., 630 Pf., 640 Pf., 650 Pf., 660 Pf., 670 Pf., 680 Pf., 690 Pf., 700 Pf., 710 Pf., 720 Pf., 730 Pf., 740 Pf., 750 Pf., 760 Pf., 770 Pf., 780 Pf., 790 Pf., 800 Pf., 810 Pf., 820 Pf., 830 Pf., 840 Pf., 850 Pf., 860 Pf., 870 Pf., 880 Pf., 890 Pf., 900 Pf., 910 Pf., 920 Pf., 930 Pf., 940 Pf., 950 Pf., 960 Pf., 970 Pf., 980 Pf., 990 Pf., 1000 Pf.

— Den besten Federen gegenüber sind 4 Pfund zum großen Oberbett, Verpackung frei, Berlin u. Dresden gratis. Viele Anfertigungen.

Elektromotoren-Anlagen. Ingenieur J. Freund jr., Gitschinerstr. 106a.

Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Nr. 246. Freitag, den 20. Oktober 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelle 20 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV. 1983.

Partei-Angelegenheiten.

Charlottenburg, Sonntag, den 22. Oktober, 8 Uhr früh Flugblattverbreitung. Treffpunkte: 1. Bezirk bei Post, Potsdamerstr. 44. 2a. Bezirk bei Bade, Nehringstr. 25. 2b. Bezirk bei Fuhrmann, Kaiser Friedrichstr. 1. 3. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 4. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 5. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 6. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 7. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 8. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 9. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 10. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 11. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 12. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 13. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 14. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1. 15. Bezirk bei Fischer, Götterstr. 1.

Spandau. Am Sonntag früh Flugblattverbreitung; Treffpunkt bei den Genossen Schäfer, Brömmmerstr. Am Montag Versammlung auf dem Kommandant bei Restaurateur Müller, Siemensstr. Am Dienstag öffentliche Kommunalwählerversammlung bei Stumpe, Schönwalderstr. 80.

Lichtenberg, Sonnabend, den 21. Oktober, veranstaltet der Wahlverein einen Künstlerabend mit darauf folgendem Tanz in Gebr. Arnolds Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5/6. Durch Engagement erster Kräfte glaubt das Vergnügungskomitee auch den weitesten Anforderungen Rechnung getragen zu haben. Billets sind bei den Bezirksführern und in der Expedition, Kronprinzenstr. 50, zu haben.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In der am 17. Oktober d. J. stattgehabten Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins gedachte der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung in warmen Worten des verstorbenen Genossen, Buchdruckers Bernhard Krabel, und ehrte die Versammlung das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Genosse Hermann Schubert-Berlin sprach alsdann über: „Unsere kommunalen Forderungen“.

In der Diskussion bemängelte Genosse Däumig die elenden Schulverhältnisse. Genosse Karl Klein will den Wahltag, solange noch nicht am Sonntag gewählt wird, als Feiertag angesehen wissen. Nur am Wahltag ist dem Arbeiter Gelegenheit gegeben, seine Meinung durch Abgabe des Stimmzettels zum Ausdruck zu bringen.

Gen. Käter, Krüger und Nidert beteiligen sich noch an der Diskussion und ermahnen die Arbeiterschaft, am Tage der Wahl ihre Schuldigkeit zu tun, damit die Kandidaten der Sozialdemokratie als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen.

Für die am 2. November, von 11—8 Uhr, stattfindenden Wahlen werden folgende Parteigenossen einstimmig als Kandidaten nominiert: Im 3. Bezirk: Genosse Mechaniker Richard Gabriel; im 5. Bezirk: Genosse Maurer Gustav Däumig; im 10. Bezirk: Genosse Buchbinder Erik Reiche; im 6., 7. und 10. Bezirk: Genosse Gastwirt Ernst Ost.

Am 25. Oktober finden folgende Wählerversammlungen statt: Für den 3. Bezirk: Herrmann, Grünwaldstr. 110; für den 5. Bezirk: Ost, Reimingerstr. 8 und Martin Lutherstr. 51; für den 6. und 7. Bezirk: Klubhaus, Hauptstr. 5/6.

Als Delegierte zur Generalversammlung des Kreises werden gewählt die Genossen Marx, Daxinger und Kistler. Zur Generalversammlung werden folgende Änderungen zum Organisationsstatut gestellt werden: 1. Auf 1000 Mitglieder 10 Delegierte, über 1000—2000 Mitglieder 20 Delegierte und auf je 200 Mitglieder 1 Delegierter mehr. 2. Die Bezirksabteilung bleibt den einzelnen Kreisen überlassen.

Unter Vereinsangelegenheiten teilt der Vorsitzende mit, daß ähnlich wie in Berlin und anderen Orten, auch hier bei uns der Versuch gemacht werden soll, den Parteigenossen Gelegenheit zu geben, für ihre Kinder gute Jugendliteratur zum Weihnachtsfest beschaffen zu können. Durch unser Vorgehen soll dem Eingang der Schundliteratur in die Arbeiterklasse Einhalt geboten werden. Geplant ist eine Ausstellung und Gelegenheit zum Ankauf der von einem Komitee, bestehend aus den Genossen Dr. Röder, Wämsler, Weder, Dutra, Herter, ausgewählten Jugendliteratur, und wird in den Bezirksabteilungen und der nächsten Vereinsversammlung das nähere bekannt gegeben.

Zum Schluß der Versammlung gelangten 24 Parteigenossen zur Aufnahme.

Rixdorf.

Erst nach einer Katastrophe! Auf der Grenze zwischen Rixdorf und Treptow führt die Görlitzer Eisenbahn über mehrere stark frequentierte Straßen, so z. B. über die Eisenstraße, die als Zugangsstraße zum Treptower Park namentlich Sonntags von vielen Laufenden Menschen passiert wird. Schon wiederholt sind gerade hier Unglücksfälle schwerer und leichter Natur vorgekommen, ebenso gut wäre es aber auch denkbar, daß sich hier bei starkem Andrang an den Eisenbahnübergängen eine Katastrophe wie die feinerzeit in Steglitz vorgekommene sehr leicht abspielen kann. Mit Rücksicht auf diese hohe Gefahr hatte der Rixdorfer Grundbesitzerverein ein Höherlegung des Bahnübergangs an jenen gefährlichen Stellen petitioniert. Jetzt hat der Minister der öffentlichen Arbeiten das Gesuch ablehnend beschieden mit der Begründung, daß für eine Höherlegung ein Bedürfnis zurzeit noch nicht vorhanden sei. Ungeachtet wird das Bedürfnis nur dann anerkannt, wenn eine schwere Katastrophe eingetreten ist.

Bei einem Straßenbahnzusammenstoß schwer verunglückt ist der 85 Jahre alte Kaufherr Wilhelm Vogel aus der Steinmühlstr. 39. Im Begriff, mit einem Geschäftswagen aus der Straße in die Hermannstraße einzubiegen, wurde das Vogelsche Fahrzeug von dem Motorwagen 1805 der Linie 94 angefahren und zur Seite geschleudert, wobei V. auf das Straßenpflaster stürzte und beunruhigend liegen blieb. Mit schweren inneren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Rixdorfer Krankenhaus eingeliefert.

Einen Selbstmordversuch unternahm gestern aus unbekannter Ursache die 39jährige berechtigte Luise Sobel, Thüringerstr. 39 wohnhaft. Die Unglückliche leckte eine Flasche Zylol und ward in höchst bedenklichem Zustande nach dem städtischen Krankenhaus geschafft.

Weißensee.

Bei der gestern stattgefundenen Vertreterwahl zur Generalversammlung der hiesigen Ortskrankenkasse wurde die Liste des Gewerkschaftslistens mit 30 gegen 27 Stimmen gewählt.

Zur Gemeindevorwahlen kann berichtet werden, daß die eingesezte Kommission zur Vorbereitung der Wahl in voller Tätigkeit ist. Bewerbungen sind 42 eingelaufen, darunter auch die des besoldeten Schöffen. Allgemeine Verwunderung erregte es, daß aus den Kommissionsitzungen nichts zu erfahren war, während man sonst gewohnt war, deren Berichte am Viertel in den Spiegelbürgersneipen zu hören. Die Kommission ist nunmehr aus ihrer Reserve herausgetreten. Sie hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, der Gemeindevorwahlen den Stadtrat Dr. Bold aus Schöneberg zur Wahl als Gemeindevorwähler zu empfehlen.

Ober-Schöneweide.

Parteiengenossen! Morgen, Sonnabend, den 21. Oktober, nachmittags von 3—5 Uhr, findet eine Erntewahl zum Gemeinderat statt. Die Erntewahl ist veranlaßt durch die Klage des Herrn Sichelmüller, der die vorjährige Wahl wegen unrichtiger Aufstellung der Wählerlisten mit Erfolg anfocht.

Da bei dieser Wahl ein Handbesitzer in Betracht kommt, wir aber hier über keinen hausbesitzenden Parteigenossen verfügen, ist es zweckmäßig, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Die Parteigenossen werden daher zu strikter Wahlenthaltung aufgefordert. Der Vertrauensmann.

Aldershof.

Selbstmord eines unbekanntes Greises. In dem Forst in der Nähe von Aldershof hat ein Greis durch Erhängen seinem Leben ein Ende bereitet. Durch einen Gendarm wurde die Leiche des Lebensmüden entdeckt und vom Baume heruntergeholt. Der Selbstmörder mochte etwa 60—65 Jahre alt gewesen sein. Da irgendwelche Papiere bei dem Toten nicht aufgefunden wurden, konnte die Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden.

Ein Raubfall ist vorgestern auf der Chaussee nach Rauen verübt worden. Ein Schlichtergeselle Rettig war dort mit zwei Handwerksburschen, einem Schlosser und einem Arbeiter, zusammengetroffen, mit denen er gemeinsam nach Rauen zuwanderte. Kurz vor der Stadt ermüdete der Schlichtergeselle; er setzte sich in den Chausseegraben und schlief bald ein. Plötzlich bemerkte er, daß ihm jemand das Portemonnaie mit seiner Barchaft von 7 M. entwendet wollte. Als er aufwachte, fanden seine Begleiter um ihn herum und machten sich an ihm zu schaffen. Der Bestohlene setzte sich zur Wehr und nun fielen die beiden Handwerksburschen über ihn her und schlugen auf ihn ein. Auf die Hilferufe des Bedrängten eilten mehrere Passanten zur Hilfe herbei. Die beiden Täter wurden schließlich überwältigt und verhaftet.

Berliner Nachrichten.

Psychopathisches aus der Zentrumspreffe.

Aus Leibeskräften schüttelt das Zentrum jetzt den famosen Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie von sich ab, nachdem das Ungeschick dieser Organisation die leidige Tatsache enthüllt hat, daß sie mit den allgemein beliebten Bassen der Unrechtslichkeit nicht allein die Sozialdemokratie, sondern auch den Ultramontanismus vernichten will. Jetzt wird in katholischen Blättern alles zusammengejudet, was beweisen könnte, daß das Zentrum sich nie im Leben am Reichsverband die Finger beschmutzt habe. Vom hohen Hof herab weist die „Germania“ in ihrer Nummer vom Donnerstag darauf hin, daß derselbe Geschäftsführer Dr. Bovenfahn, der in dem Schreiben an einen Kachener Herrn die Macht und den Einfluß des Ultramontanismus durch den Reichsverband zu brechen versprach, im August vorigen Jahres den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Grafen Hompesch, zum Beitritt in den Reichsverband aufforderte. Die „Germania“ rühmt dann die Klugheit des Grafen Hompesch, der „nicht in die Schlinge gegangen sei“, sondern am 28. August 1904 kurz und bündig ablehnend geantwortet habe.

Weiter schreibt die „Germania“: Wir wissen nicht, ob der Vorstand des Reichsverbandes zur offenen Bekämpfung der Sozialdemokratie und zur geheimen Bekämpfung des Zentrums noch weitere und vielleicht erfolgreichere Versuche gemacht hat. Angehörige der Zentrumsfraktion zum Beitritt in den Reichsverband zu gewinnen und sich durch Beiträge für denselben tributpflichtig zu machen. Wie die Dinge aber heute liegen, erscheint es als selbstverständlich, daß alle Zentrumsangehörigen, welche sich durch das Verlassen der wahren und vollen Tendenzen des Reichsverbandes, zum Beitritt und zu Beiträgen haben verleiten lassen, ihren Austritt aus dem Reichsverbande erklären und ihre Beiträge, die sie unter Vorpiegelung falscher Tatsachen — daß nämlich der Reichsverband nur die gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokratie anstrebe, während er zugleich die Macht und den Einfluß des Zentrums brechen will — gegeben haben, zurückfordern.

Diese Aufforderung an die geprellten Zentrumsanhänger, sich vom Reichsverband ihr Geld zurückzahlen zu lassen, ist moralisch zu rechtfertigen, wenn sie auch in der rauhen Wirklichkeit nicht viel Erfolg haben dürfte. Denn der Reichsverband könnte immer darauf hinweisen, daß er für das katholische Geld auch entsprechende Ware geliefert habe; er könnte ferner sagen, daß die Herren vom Zentrum gut täten, von Vorpiegelung falscher Tatsachen den Mund nicht allzu voll zu nehmen in demselben Augenblicke, wo das Zentralorgan der Zentrumsfraktion selber dabei ist, sich ein wenig in politischen Künsten zu üben.

Die „Germania“ weiß nicht, ob der Reichsverband noch weitere Versuche unternommen hat, Angehörige der Zentrumsfraktion zu kapern. Das ist ein Stück Gedächtnisschwäche, das einem armen Sünder unter Umständen vor Gericht verziehen werden könnte, das an einem politischen Blatte im politischen Kampfe aber schon deshalb nicht gut zu entschuldigen ist, weil man sich hier immer fragen muß, ob man nicht in aller Öffentlichkeit zum Schaden der ganzen Sache, die man vertritt, Lügen gestraft werden könnte.

Schöner wird der Ablenkungsversuch der „Germania“ auch nicht durch die folgende ganz positive Behauptung:

Im Anschluß hieran glauben wir noch eine falsche Angabe des „Vorwärts“ richtig stellen zu sollen. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie behauptet nämlich in seiner heutigen Nr. 244 vom 18. Oktober, die „Germania“ habe feinerzeit die ihr vom Reichsverband überlieferten Artikel gegen die Zeitung der Charlottenburger Ortskrankenkasse mit „Bombe abgedruckt“ und damit einen „föhlischen Reinfall“ erlebt. Demgegenüber erklären wir, daß keiner von unseren Artikeln über die Charlottenburger Ortskrankenkasse bezw. „aus der roten Garnison Charlottenburg“ direkt oder indirekt vom Reichsverband herrührt. Unsere eigenen Informationen über die Korruption in der roten Garnison Charlottenburg sind in den bisherigen Artikeln der „Germania“ verwertet worden.

Wir stehen starr in Staunen vor dieser Behauptung der „Germania“ und suchen vergebens nach einer Erklärung. Aber vielleicht haben wir doch zu harte Worte gebraucht, vielleicht liegt in unserer Zeit voller psychopathischer Wertwürdigkeiten ein für die Wissenschaft hochinteressanter Fall von Gedächtnisschwäche vor. Anders wissen wir es nicht zu deuten. Und in der christlichen Absicht, die „Germania“ in Zukunft vor ähnlichen Fatalitäten zu schützen, gestatten wir uns, das Erinnerungsvermögen des Zentrumsblattes aufzufrischen.

So um denselben 28. August 1904 herum, als der Zentrumsgraf Hompesch dem Versucher erfolgreich widerstand, brachte die „Germania“ weit ausgedehnt eine Mitteilung, wonach zwei Spezialkontrolleure der Charlottenburger Ortskasse dabei erwischt worden seien, daß sie sich Sondervergütungen hätten zahlen lassen, ohne daß sie ihre Pflicht der besonderen Ueberwachung ausgeübt hätten. Der Richtgenosse Schm. sei Knall und Fall entlassen worden, die beiden Genossen aber, die sich des gleichen Vergehens schuldig gemacht hätten, seien in ihrem Kernern verblieben. Diese Mitteilung, deren Unrichtigkeit von uns bald nachgewiesen wurde, ergänzte die „Germania“ in ihrer Nummer vom 29. August 1904 dann dahin, daß „die drei ungetreuen Spezialkontrolleure, welche sich auch für das Nichtkontrollieren bezahllen ließen, nicht an die Stelle der feinerzeit wegen bedenklicher Vorkommnisse von dem früheren Vorstand unter Herrn B. Sabor Entlassenen gesetzt worden“ seien usw.

Der in Schreibmaschinenschrift hergestellte Korruptionsartikel ging bürgerlichen Blättern und auch der „Germania“ vom Reichsverband mit der Ueberschrift „Aus einer roten Garnison“ zu und zwar unter Beifügung des folgenden Begleiterschreibens:

Der Reichsverband hat sich zur Aufgabe gestellt, alle treu zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu einigen. Zu diesem Zwecke will er u. a. auch der auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Tätigkeit der Sozialdemokratie durch Wort und Schrift entgegenzutreten. Der Reichsverband erbittet hierzu die Mitwirkung der gesamten nichtsozialdemokratischen Presse, der er von Zeit zu Zeit geeignete Aufsätze und Notizen zur unentgeltlichen Verwendung überreicht wird. Die geehrten Redaktionen würden uns zu Dank verpflichtet, wenn sie von denjenigen Nummern ihrer Zeitung, in denen die Mitteilungen des Reichsverbandes benutzt worden sind, uns regelmäßig ein Belegexemplar zugehen lassen würden. Das Manuskript folgt in der Anlage.

Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes, Begleiterschreiben und Manuskript kam die „Germania“, wenn ihre Gedächtnisschwäche jetzt noch vorhalten sollte, in unserer Redaktion einsehen.

Noch eins. In unserer über christliches Maß weithinausgehenden Barmherzigkeit wollen wir der „Germania“, nachdem sie jetzt eines Besseren belehrt worden, ihr Gehirnleiden vergeihen. Schwer genug wird es uns, da der von der „Germania“ abgedruckte Artikel des Reichsverbandes in seiner Einleitung ausdrücklich darauf Bezug nimmt, daß die „Germania“ vor einiger Zeit an der Hand einer Broschüre des sozialdemokratischen Buchdruckereibesizers Goerke in Charlottenburg eine Reihe von Enthüllungen der weiteren Öffentlichkeit übergeben habe usw.

Dies alles läßt darauf schließen, daß zu der Zeit, als der klügere Zentrumsgraf Hompesch dem Teufel widerstand, dieser mit der „Germania“ recht intim teufelmachtelt haben muß. Was aber über alles Maß politischer Unklugheit hinausgeht, das ist die Tatsache, daß die „Germania“ mit ihrem Ableger „Märkische Volkszeitung“ damals das einzige Blatt war, das die Gabe des Reichsverbandes verwendete. So weit ging der Haß des Zentrumsorgans gegen die Sozialdemokratie, daß es ein Geschenk, welches selbst die Schatzkammerpresse verächtlich in den Papierkorb wandern ließ, mit Hurra und Duffa zum Abdruck brachte. In unserer Nummer vom 31. August 1904 schrieben wir, daß dieser Fall für den jetzigen Tiefstand der „Germania“ charakteristisch sei; alle anderen sozialistenfeindlichen Blätter Berlins hielten das Geschwafel aus dem Bureau des Reichsverbandes für zu dumm und hüteten sich heilig vor einem Ab- oder Nachdruck, einzig die „Germania“ mußte darauf hineinfallen.

Damals, als Gedächtnisschwäche ohne Nutzen gewesen wäre, quitierte die „Germania“ mit keinem Wort über die Bemerkungen, die wir der Gabe des Reichsverbandes gewidmet hatten. Seitdem sind vierzehn Monate verfloßen, und es hat sich derweil ergeben, daß der geistige Tiefstand des Blattes, auf den wir damals hinwiesen, psychopathischer Natur ist. Möge der Himmel in seiner unendlichen Güte das führende Zentrumsblatt wieder intellektuell und moralisch aufrichten!

